



2009

Bericht über das Geschäftsjahr

Bericht über das Geschäftsjahr 2009

| | |
|--|----|
| Lagebericht | 5 |
| Bericht des Verwaltungsrates | 22 |
| Jahresabschluss 2009 | 23 |
| Gewinn- und Verlustrechnung | 28 |
| Anhang zum Jahresabschluss | 31 |
| Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers | 49 |

1. Wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen

Das Jahr 2009 stand im Zeichen der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise.

Die weltweite Wirtschaftskrise hat die Exporte deutscher Unternehmen im ersten Halbjahr 2009 massiv einbrechen lassen (-23,5%). Deutschland verzeichnet von allen großen europäischen Volkswirtschaften den schärfsten Wachstumseinbruch. Auch im historischen Rückblick ist er ohne Beispiel. Maßgeblich für diese Wirtschaftsentwicklung seit dem Herbst 2008 ist der weltweit synchrone Nachfrageeinbruch nach Investitions- und langlebigen Konsumgütern, der sich im Gefolge der internationalen Finanz- und Vertrauenskrise eingestellt hat. Die deutsche Wirtschaft ist von diesem externen Nachfrageschock aufgrund der hohen Außenhandelsabhängigkeit und der Spezialisierung auf besonders konjunkturreaktive Industrieerzeugnisse überdurchschnittlich betroffen.

Die sächsische Wirtschaft entwickelte sich korrespondierend zum gesamtdeutschen Trend.

Nach der Konjunkturprognose des ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V. wird in 2009 für Sachsen mit einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes (BIP) um 4% gerechnet. Die Entwicklung verläuft damit ungünstiger als im ostdeutschen Durchschnitt (-3,6%), aber besser als in Deutschland insgesamt (-4,9%).

Der deutliche Rückgang ist insbesondere auf die schwache Entwicklung des verarbeitenden Gewerbes zurückzuführen, welches in Sachsen im Vergleich zum ostdeutschen Durchschnitt stark auf die Herstellung von Investitionsgütern spezialisiert ist und eine hohe Exportorientierung aufweist.

Im vergangenen Jahr gab es im Freistaat Sachsen 1,9 Mio. Erwerbstätige. Gegenüber 2008 sank ihre Zahl um 0,9%. Der Rückgang der Erwerbstätigenzahl in Sachsen ist damit höher als im Durchschnitt der neuen Flächenländer und im deutschen Durchschnitt. Die Arbeitslosenquote in Sachsen betrug im Jahresdurchschnitt 12,9% (2008: 12,8%).

Nach dem dramatischen Rückgang der Wirtschaftsleistung im Winterhalbjahr 2008/2009 scheint sich die gesamtwirtschaftliche Entwicklung nunmehr zu festigen.

Auch der Ausblick der Unternehmen auf die Geschäftsentwicklung im Jahr 2010 fällt günstiger aus.

Unabhängig von der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise stellt der demographische Wandel eine Herausforderung für alle Lebensbereiche im Freistaat Sachsen dar. Auch im Jahr 2009 verringerte sich die sächsische Bevölkerung. Die Entwicklung der vergangenen Jahre setzte sich somit fort. Die Gründe für den Rückgang liegen vornehmlich in den weiterhin zu niedrigen Geburtenzahlen und den anhaltenden Abwanderungen. Dresden und Leipzig waren vom Bevölkerungsrückgang nicht betroffen. Die Einwohnerzahlen stiegen in beiden Städten leicht an.

Für die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – sind die Auswirkungen des demographischen Wandels auch wegen ihres großen Engagements im Wohnungsbau bedeutsam.

2. Geschäftsentwicklung

2.1 Allgemein

Im Berichtsjahr betrug das Neugeschäftsvolumen der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – (SAB) 2.638,4 Mio. € und lag über dem Vorjahresniveau (1.840,4 Mio. €) sowie über Plan (1.768,2 Mio. €). Die Qualität des Neugeschäfts entsprach den Vorgaben der Risikostrategie und trug zur Stärkung der Risikotragfähigkeit bei.

Die SAB vergab im Berichtsjahr Mittel in Höhe von 567,9 Mio. € in Form von Darlehen und 2.053,4 Mio. € in Form von Zuschüssen. Außerdem übernahm die Bank Bürgschaften in Höhe von 17,1 Mio. €.

Die im Jahr 2009 vergebenen Zuschüsse übertrafen das Volumen des Vorjahres um 773,6 Mio. €. Dies ist vor allem auf die Umsetzung des Konjunkturpakets II zurückzuführen. Ein höheres Zuschussvolumen schlug unter anderem aber auch bei der investiven Schulhausbauförderung, der Städtebauförderung (insbesondere beim „Investitionspakt zur energetischen Erneuerung der sozialen Infrastruktur in den Kommunen (IVP)“ und beim Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“), der FuE-Verbund-

projektförderung sowie der Energieeffizienz- und Klimaschutzförderung zu Buche.

Die SAB bewilligte im Berichtsjahr 44.821 Anträge. Dies entspricht einem Zuwachs von 134,2% gegenüber dem Vorjahr (19.141).

2.2 Beteiligungen

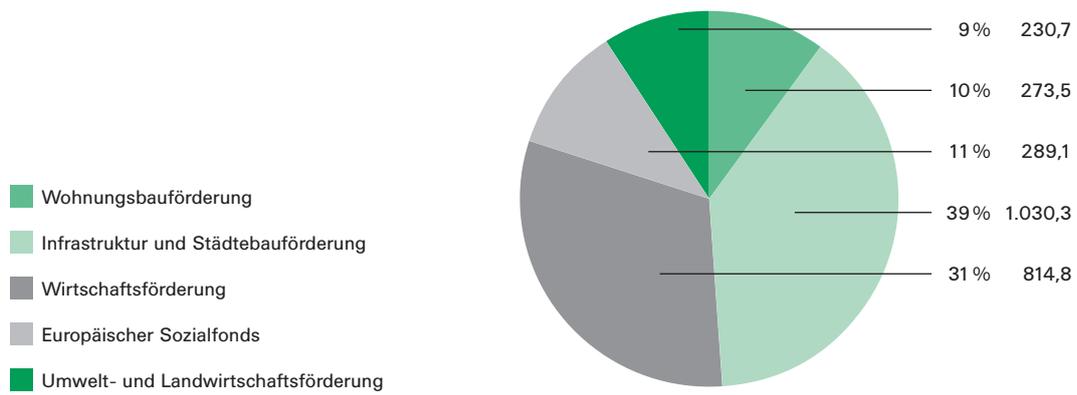
Die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – beteiligt sich im Rahmen ihres Förderauftrags an folgenden Unternehmen mit einem Anteil von mehr als 25%:

- ▶ Die SBG – Sächsische Beteiligungsgesellschaft mbH – unterstützt Unternehmen bei deren Wachstums- und Turnaround-Vorhaben mit stillen und offenen Beteiligungen. SAB und SBG bilden zusammen die SAB-Gruppe.
- ▶ Mit der Beteiligung der SAB an der Sächsisches Staatsweingut GmbH und deren Tochtergesell-

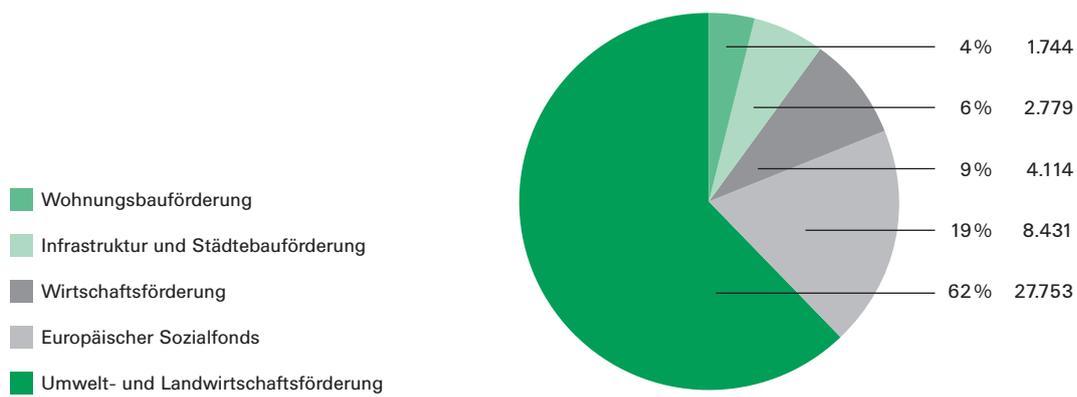
schaften, der Wein- und Sektkontor Radebeul GmbH und der Sektkellerei Wackerbarth GmbH, unterstützt die Bank den Freistaat Sachsen bei der Erhaltung der sächsischen Weinkulturlandschaft.

- ▶ Über den Businessplan-Wettbewerb futureSAX der Businessplan-Wettbewerb Sachsen GmbH unterstützt die SAB innovative Gründer und Unternehmer bei der erfolgreichen Realisierung ihrer Geschäftsideen bzw. Wachstumsvorhaben.
- ▶ Die Sächsische Energieagentur – SAENA GmbH nahm ihre Geschäftstätigkeit in 2007 auf. Ihre Beratungsleistungen werden insbesondere im Zusammenhang mit den Novellierungen der Förderrichtlinie Energieeffizienz und Klimaschutz stark durch Private, Unternehmen, Kommunen und Multiplikatoren in Anspruch genommen.

Neugeschäftsverteilung 2009 nach Förderbereichen (in Mio. €)



Bewilligte Anträge 2009



3. Ertragslage

Die wesentlichen Ertrags- und Aufwandskomponenten haben sich wie folgt entwickelt:

| | 2009 Mio. € | 2008 Mio. € |
|---|----------------|----------------|
| Zinsüberschuss | 96,1 | 96,6 |
| Provisionsüberschuss | 57,9 | 47,4 |
| Ordentliche Aufwendungen, davon: | 68,9 | 72,1 |
| - Personalaufwand | 45,4 | 43,1 |
| - Sachaufwand (inkl. Afa) | 23,5 | 29,0 |
| Sonstiges Ergebnis | 39,6 | 7,4 |
| Betriebsergebnis vor Risikovorsorge | 124,7 | 79,3 |
| Neutrales Ergebnis | 3,3 | 1,1 |
| Risikovorsorge | 18,0 | 42,8 |
| Bildung von Vorsorgereserven für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340f HGB und Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB | 108,6 | 36,5 |
| Jahresergebnis | 1,4 | 1,1 |

Obwohl der Darlehensbestand abnahm, lag der Zinsüberschuss auf Vorjahresniveau. Der Provisionsüberschuss stieg im Wesentlichen aufgrund der Übertragung neuer Programme. Der Personalaufwand lag aufgrund weiterer Aufgabenübertragungen über dem Vorjahresniveau. Der Sachaufwand verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr insbesondere wegen geringerer Abschreibungen auf Sachanlagen. Die Position Sonstiges Ergebnis beinhaltet das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften, sonstige betriebliche Erträge und sonstige betriebliche

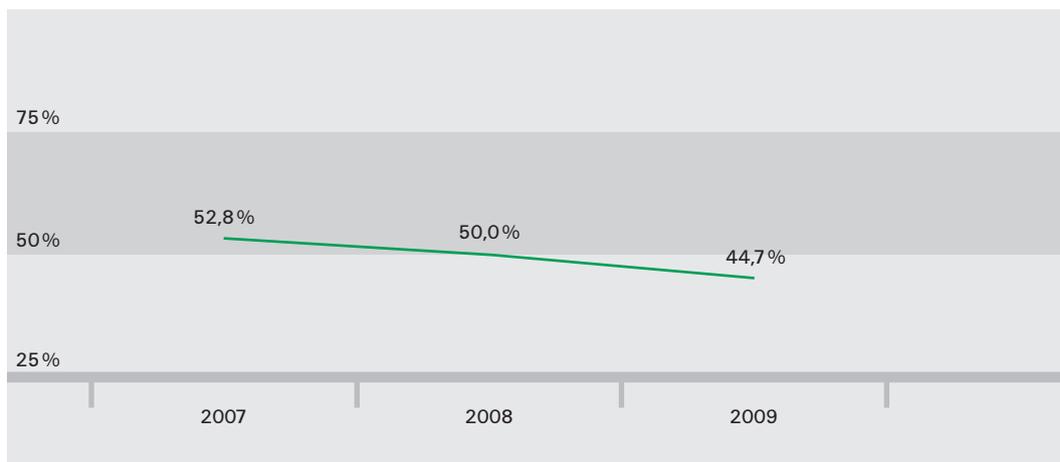
Aufwendungen und stieg aufgrund des Förderauftrags durch Einmaleffekte.

Die Erhöhung der Risikovorsorge betrug 18,0 Mio. €.

Das Jahresergebnis beträgt 1,4 Mio. €. Es wird in Höhe von 0,3 Mio. € der satzungsmäßigen Rücklage zugeführt. Der danach verbleibende Betrag von 1,1 Mio. € wird in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.

Die Cost-Income-Ratio, d. h. das Verhältnis der ordentlichen Aufwendungen zum Zins- und Provisionsergebnis, liegt bei 44,7 %.

Entwicklung der Cost-Income-Ratio



4. Finanz- und Vermögenslage

Die Bilanzsumme der SAB belief sich im Berichtsjahr auf 8.686,4 Mio. € (Vorjahr: 9.120,6 Mio. €). Die Verminderung um 434,2 Mio. € erklärt sich aktivisch im Wesentlichen mit den um 383,0 Mio. € auf 818,5 Mio. € zurückgegangenen Forderungen an Kreditinstitute. Auf der Passivseite standen dem im Wesentlichen eine Verringerung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 1.139,2 Mio. € auf 6.545,4 Mio. €, die Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden um 482,0 Mio. € auf 1.098,6 Mio. € und die Bildung des Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB in Höhe von 200,0 Mio. € gegenüber. Die Forderungen an Kunden blieben mit 6.360,2 Mio. € auf Vorjahresniveau (6.409,3 Mio. €). Die Forderungen an Kreditinstitute verringerten sich auf 818,5 Mio. € (Vorjahr: 1.201,5 Mio. €), davon Darlehen im Hausbankverfahren in Höhe von 386,7 Mio. €. Die SAB hat Wertpapiere im Gesamtvolumen von 1.287,4 Mio. € im Bestand.

Die Bank hat 2009 Investitionen in Höhe von 2,6 Mio. € getätigt.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von 6.545,4 Mio. € setzten sich hauptsächlich aus Refinanzierungsdarlehen bei der Landesbank Baden-Württemberg, der Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank –, der KfW

Bankengruppe und der Europäischen Investitionsbank zusammen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden belaufen sich auf 1.098,6 Mio. € und resultieren vor allem aus bewilligten, aber noch nicht ausgezahlten Fördermitteln. Der Bestand an ausschließlich zu Sicherungszwecken getätigten Derivategeschäften betrug zum Stichtag 4.330 Mio. €. Die Derivate werden vornehmlich zur Zinsbuchsteuerung eingesetzt.

Das Stammkapital der Bank beträgt 260,0 Mio. €. Die Schulscheindarlehen mit Nachrangabrede belaufen sich auf 140,1 Mio. €. Das haftende Eigenkapital bei Anwendung der Meldung nach Solvabilitätsverordnung liegt nach Feststellung des Jahresabschlusses per 31.12.2009 bei 779,1 Mio. €. Zur Stärkung des Kernkapitals und aufgrund der absehbaren aufsichtsrechtlichen Verschärfungen bei den Eigenkapitalregeln wurden dem Fonds für allgemeine Bankrisiken 200 Mio. € zugeführt.

Die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage sind geordnet. Die Zahlungsfähigkeit ist jederzeit gegeben. Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise haben die Refinanzierungsbedingungen für alle Banken verschlechtert. Die SAB war hiervon aufgrund ihrer Nullgewichtung gemäß Solvabilitätsverordnung allerdings verhältnismäßig gering betroffen.

Die SAB gehört der Entschädigungseinrichtung des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands GmbH sowie dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands e.V. an.

5. Personalbericht

Am 31.12.2009 beschäftigte die SAB zwei Vorstandsmitglieder und 888 Mitarbeiter (Vorjahr: 811), davon 196 Mitarbeiter mit zeitlich befristeten Arbeitsverträgen (Vorjahr: 144). 124 Mitarbeitern (Vorjahr: 115) ermöglichte die

SAB die Arbeit in Teilzeit (ohne Altersteilzeit), um Familie und Beruf besser zu vereinbaren. 40 Mitarbeiter befanden sich zum 31.12.2009 in Mutterschutz, Elternzeit oder sonstigen Freistellungen (Vorjahr: 42). Außerdem waren 25 Mitarbeiter in der Ruhephase der Altersteilzeit (Vorjahr: 24). Auf Vollbeschäftigteneinheiten umgerechnet betrug die aktive Personalkapazität am Jahresende 788,2 (Vorjahr: 717,6). Es kamen 173 Leiharbeitnehmer (Vorjahr: 97) zum Einsatz. Im Geschäftsjahr 2009 wurden von der SAB keine Aushilfen beschäftigt. Die Personalstruktur der Bank stellte sich zum Stichtag wie folgt dar:

| | weibliche Personen | männliche Personen | Gesamt |
|---------------------------|--------------------|--------------------|----------------------|
| unter 30 Jahre | 78 | 37 | 115 (12,95 %) |
| 30 bis 39 Jahre | 219 | 94 | 313 (35,25 %) |
| 40 bis 49 Jahre | 188 | 93 | 281 (31,64 %) |
| 50 bis 59 Jahre | 116 | 37 | 153 (17,23 %) |
| über 60 Jahre | 15 | 11 | 26 (2,93 %) |
| alle Altersklassen | 616 | 272 | 888 (100,0 %) |

Der Anteil der Frauen an der gesamten Zahl der Mitarbeiter beträgt 69,4 % (Vorjahr: 67,8 %). Der Altersdurchschnitt der Mitarbeiter der SAB lag zum Jahresende bei 40,75 Jahren (Vorjahr: 40,9). Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre ergibt sich damit eine Erhöhung um 1,55 Jahre. Im Jahr 2009 stellte die Bank 131 Mitarbeiter neu ein (Vorjahr: 126), 54 Mitarbeiter verließen die SAB (Vorjahr: 83). Die Fluktuationsquote resultiert aus der Befristung von Arbeitsverhältnissen. Bei Neueinstellungen werden bei gleicher Eignung schwerbehinderte Bewerber bevorzugt berücksichtigt. Dies regelt eine mit dem Personalrat der Bank geschlossene Integrationsvereinbarung. Zum Stichtag beschäftigte die SAB 25 Schwerbehinderte (Vorjahr: 20). Um Kostensenkungen zu erzielen, setzt die SAB auf den flexiblen Einsatz von Arbeitskräften (zeitliche Befristungen, Leiharbeitnehmer), Altersteilzeitregelungen sowie interne Umsetzungen. Be-

triebsbedingte Kündigungen wurden nicht vorgenommen. Für die Mitarbeiter gelten die Vereinbarungen des Manteltarifvertrages für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken. Es wurden 792 Mitarbeiter tariflich (Vorjahr: 718) und 96 Mitarbeiter außertariflich vergütet (Vorjahr: 93). Das Gehaltsgefüge ist so bemessen, dass qualifiziertes Personal gehalten und gefunden wird. Die Bank setzt keine Vergütungs- und Anreizsysteme ein, deren Ausgestaltung den in der Risikostrategie niedergelegten Zielen widerspricht. Die tariflich vorgegebene Regelarbeitszeit in der SAB beträgt 39 Stunden pro Woche. Die mit dem Personalrat der Bank abgeschlossene Dienstvereinbarung zur flexiblen Arbeitszeit in der SAB lässt den flexiblen Einsatz der Mitarbeiter entsprechend dem tatsächlichen Arbeitsanfall und ein arbeitnehmerseitiges Zeitmanagement zu. Im Berichtsjahr hat die Bank mit drei Mitarbeitern (Vorjahr:

vier) eine Altersteilzeitvereinbarung geschlossen. Insgesamt 42 Mitarbeiter befanden sich am Jahresende in Altersteilzeit. Die sonstige personalvertretungsrechtliche Abrede zur Altersteilzeit gestaltet den Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand sozialverträglich und nutzt die Altersteilzeit als Instrument der mittel- und langfristigen Personalpolitik.

Im Jahr 2009 nahmen 758 Mitarbeiter (Vorjahr: 722) an 202 externen (Vorjahr: 224) und 88 internen (Vorjahr: 81) Weiterbildungsmaßnahmen teil. Es handelte sich um ein- oder mehrtägige Seminare, Trainings und Workshops mit den inhaltlichen Schwerpunkten Kredit, Verwaltungsrecht und Informationstechnologie. Insgesamt investierte die Bank 790,6 T€ in die berufliche Förderung ihrer Mitarbeiter.

Einmal jährlich wird mit allen Beschäftigten ein Mitarbeitergespräch durchgeführt. Mitarbeiter und Führungskräfte bekommen ein Feedback über die Leistungen und die Qualität der Zusammenarbeit. Gleichzeitig können gemeinsame Ziele für die Zukunft, abgeleitet aus den Zielen der Bank und der jeweiligen Organisationseinheit, vereinbart werden.

Im Berichtsjahr gab die SAB fünf Studenten die Möglichkeit, eine praktische Ausbildung in den Fachrichtungen Wirtschaftsinformatik oder Bankwirtschaft im Rahmen ihres betriebswirtschaftlichen Studiums an der Berufsakademie Sachsen aufzunehmen. Insgesamt befanden sich damit am Jahresende 14 Studenten in einem Ausbildungsverhältnis mit der SAB. Im letzten Jahr schlossen drei Studenten diese Ausbildung ab, von denen zwei durch die Bank befristet übernommen wurden. Die praktische Ausbildung der Fachrichtung Bankwirtschaft erfolgt im Verbund mit der Ostsächsischen Sparkasse Dresden.

6. Nachtragsbericht

Nach Schluss des Geschäftsjahres 2009 haben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung ereignet.

7. Risikobericht

Die SAB ist das landeseigene Förderinstitut des Freistaates Sachsen. Als solches übt sie das Bankgeschäft nicht in allen seinen Formen aus. Die Risikostruktur wird vielmehr vom Förderauftrag des Freistaates bestimmt. Das Kreditportfolio der SAB weist daher sektorale und einzelkreditnehmerbezogene Konzentrationen auf. Außerdem bestehen Konzentrationen bezüglich der Kredite an den Finanzsektor (Hausbankenverfahren, **Treasury**). **Die SAB ist vom Freistaat Sachsen mit Anstaltslast und Gewährträgerhaftung ausgestattet.** Außerdem haftet der Freistaat Sachsen für die von der Bank aufgenommenen Darlehen und die von der Bank begebenen Schuldverschreibungen, die als Festgeschäfte ausgestalteten Termingeschäfte, die Rechte aus Optionen und andere Kredite an die Bank sowie für Kredite, soweit sie von der SAB ausdrücklich gewährleistet werden.

Die SAB ist ein Kreditinstitut im Sinne des § 1 Abs. 1 KWG. Sie unterliegt den bankaufsichtlichen Normen und damit den Anforderungen an ein angemessenes Risikomanagement im Sinne des § 25a Abs. 1 KWG sowie den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk). Darüber hinaus hat sie handels-, förder- und haushaltsrechtliche Regelungen zu beachten.

7.1 Risikomanagement

Die SAB verfügt über ein Risikomanagement- und -controllingsystem, das fest in die betrieblichen Abläufe integriert ist. Ziel der ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation ist es, wesentliche Risiken frühzeitig zu erkennen, vollständig zu erfassen, in angemessener Weise darzustellen und zu steuern.

Die Risikosteuerungs- und -controllingprozesse werden in jährliche (strategische) und unterjährliche (operative) Prozesse gegliedert. Zu den strategischen Prozessen zählen neben der Risikoinventur zur Identifizierung und Beurteilung der Risiken die Risikotragfähigkeitskonzeption und die Aufstellung/Überprüfung der Geschäfts- und Risikostrategie. Die operativen Prozesse umfassen die regelmäßige qualitative sowie quantitative Bewertung und (soweit erforderlich) Limitie-

rung der Risiken, die turnusmäßige und die unter Risikogesichtspunkten (ad hoc) erfolgende Berichterstattung sowie die Steuerung der Risiken einschließlich der Überwachung von Maßnahmen. Das zentrale Dokument des Risikomanagements der SAB ist das Risikohandbuch. Darüber hinaus gelten weitere Arbeitsanordnungen und Fachhandbücher der im Intranet eingestellten Schriftlich Fixierten Ordnung.

Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für die Steuerung aller Risiken der Bank. Er ist verantwortlich für ein Risikomanagement- und -controllingsystem, das dem Umfang, der Komplexität und dem Risikogehalt der Geschäfte der SAB unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit entspricht. Das schließt die regelmäßige Überprüfung und fortlaufende Weiterentwicklung des Systems ein. Der Vorstand gibt die Ziele, Strategien und interne Kontrollverfahren für das Risikomanagement vor.

Grundlage für die Gesamtbanksteuerung ist die aus der Geschäftsstrategie abgeleitete Risikostrategie. Im Rahmen der Risikostrategie werden alle wesentlichen auf die Bank wirkenden Risiken innerhalb des Bankbetriebes aufgezeigt und Vorgaben zu deren Steuerung und Entwicklung festgelegt.

Der Informationsfluss zwischen dem Vorstand und der zweiten Führungsebene erfolgt im Rahmen des Risikoausschusses. In diesem Ausschuss werden regelmäßig vom Vorstand, dem Generalhandlungsbevollmächtigten sowie den Leitern der Abteilungen Risikomanagement, Controlling, Treasury, Organisation und Verwaltung sowie Innenrevision die für die Bank relevanten Risiken analysiert und bewertet.

Risiken können in sämtlichen Unternehmensbereichen auftreten. Die Bestimmung und Analyse der Risikokategorien bezieht sich auf die gesamte Bank und ihr Umfeld.

| Risikokategorie | Wesentlichkeit |
|-----------------------|-----------------|
| Adressenausfallrisiko | ja |
| Marktpreisrisiko | ja |
| Operationelles Risiko | ja |
| Liquiditätsrisiko | ja |
| Geschäftsrisiko | ja |
| Strategisches Risiko | keine Bewertung |
| Reputationsrisiko | keine Bewertung |

Das Gesamtrisikoprofil der SAB wird im Wesentlichen durch die eingegangenen Kreditrisiken bestimmt. Weitere wesentliche Risiken bestehen im Marktpreisrisiko, im operationellen Risiko, im Liquiditätsrisiko sowie im Geschäftsrisiko. Das strategische Risiko und das Reputationsrisiko sind hinsichtlich ihrer quantitativen Risikowirkung nicht eindeutig abgrenzbar, nicht abschätzbar und somit auch nicht limitierbar. Sie fließen vielmehr indirekt über die übrigen Risiken in die Risikobewertung ein.

Es ist sichergestellt, dass die wesentlichen Risiken – mit Ausnahme des Liquiditätsrisikos, da dieses nicht sinnvoll mit Eigenkapital unterlegt werden kann – durch das Risikodeckungspotenzial laufend abgedeckt sind und die Risikotragfähigkeit gegeben ist. Das Risikodeckungspotenzial setzt sich aus dem Betriebsergebnis vor Risikovorsorge (primäre Risikodeckungsmasse), offenen Rücklagen, dem Fonds für allgemeine Bankrisiken sowie dem gezeichneten Kapital und sonstigem Ergänzungs- oder Nachrangkapital zusammen.

men. Die Risikodeckungsmasse wird vor allem durch die Adressenausfallrisiken ausgelastet. Ein Teil wird zur Deckung der Marktpreisrisiken, operationeller Risiken und des Geschäftsrisikos benötigt. Darüber hinaus steht noch Risikodeckungsmasse für die Abdeckung unerwarteter Verluste zur Verfügung. Die Überwachung der Risikotragfähigkeit erfolgt GuV- und kapitalbezogen.

Ferner besteht eine Bürgschaft des Freistaates Sachsen. Hierbei handelt es sich um die Einräumung eines Bürgschaftsrahmens von ursprünglich 250,0 Mio. €. Dieser war zum 31.12.2009 in Höhe von 150,5 Mio. € mit Engagements belegt (Vorjahr: 154,9 Mio. €). Der Freistaat unterstützt damit die SAB, da die Konzentration des Adressenausfallrisikos im Kreditportfolio auf die sächsische Wohnungswirtschaft überwiegend aus der Umsetzung des Förderauftrages resultiert.

Die Risikotragfähigkeit der SAB ist gegeben. Bei der GuV-Betrachtung wurde die durch das Betriebsergebnis 2009 definierte primäre Risikodeckungsmasse nur teilweise durch die eingetretenen Risiken belegt.

Die Eigenkapitalquote nach Solvabilitätsverordnung liegt nennenswert über der aufsichtsrechtlich geforderten Größe von 8%.

7.2 Risikoarten

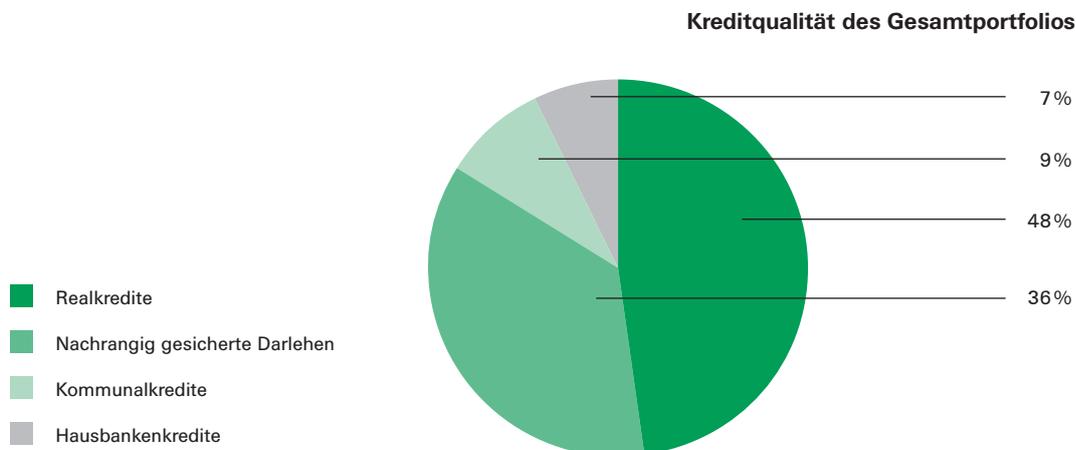
Adressenausfallrisiken

Das Adressenausfallrisiko beschreibt die Gefahr der Nichteinhaltung von Zahlungsverpflichtungen durch einen Kreditnehmer, Emittenten oder Kontrahenten innerhalb der vorgegebenen Frist. Es umfasst das Kredit-, das Emittenten-, das Kontrahenten-, das Beteiligungs-, das Struktur- und das Länderrisiko.

Kreditrisiko ist das Risiko, dass Vertragspartner ihren Zahlungsverpflichtungen hinsichtlich der Höhe bzw. des Zeitpunktes nicht oder nur teilweise nachkommen.

Das Kreditgeschäft der SAB basiert auf der Risikostrategie. Diese wird einmal jährlich überprüft und vom Vorstand beschlossen. Der Vorstand und der Verwaltungsrat erhalten vierteljährlich einen Risikobericht, um die Risikostruktur und die Entwicklung des Kreditportfolios überwachen zu können.

Die Risikostrategie orientiert sich an den Förderbereichen der Bank und umfasst mindestens die Aspekte Volumen und Qualität. Weitere Kriterien können – je nach Förderbereich – die regionale Verteilung, die Branchenverteilung oder die Größenklassenverteilung sein. Die Risikostrategie



umfasst auch das Treasury- und das Beteiligungsportfolio. Grundlage für die Risikostrategie bilden der Jahresabschluss, die Planungen der Bank sowie sonstige geschäftspolitische Analysen.

Die Kreditqualität ist maßgeblich von den zugrunde liegenden Förderprogrammen geprägt. Das Kreditportfolio besteht im Wesentlichen aus Real-krediten (48%) und grundbuchlich nachrangig gesicherten Darlehen (36%).

Die Adressenausfallrisiken werden in Risikoklassifizierungsverfahren erfasst und hinsichtlich Volumen und Qualität bewertet. Je nach Förderbereich werden außerdem die Verteilung nach Regionen, Branchen und Größenklassen einbezogen. Ferner fließt in die Beurteilung von Wohnungsbauengagements eine regionalisierte Wohnungsmarktanalyse ein.

Zum Zwecke der portfolioübergreifenden Vergleichbarkeit der Adressenausfallrisiken werden die internen Risikoklassen auf eine einheitliche Skala angepasst, die sich an der IFD-Skala (IFD – Initiative Finanzstandort Deutschland) orientiert. In die Risikoklassen 1 und 2 werden 60% des Förderportfolios eingeordnet. In den schlechtesten Klassen 7 und 8 befinden sich 13%; bei diesen Engagements sind Sicherheiten in erheblichem Umfang vorhanden.

Die Steuerung der Adressenausfallrisiken erfolgt einzel- und gesamtgeschäftsbezogen. Einzelgeschäftsbezogen bedeutet, dass die wirtschaftlichen Verhältnisse des Kreditnehmers sowie der Wert der Sicherheiten turnusmäßig und gegebenenfalls anlassbezogen überwacht und ausgewertet werden. Das Vorgehen entspricht den Geschäftsprozessen der SAB. Die gesamtgeschäftsbezogene Steuerung stellt auf die Instrumente zur Beobachtung und aktiven Einflussnahme auf Teilportfolien und das gesamte Kreditportfolio ab. Die Einbeziehung der Adressenausfallrisiken erfolgt GuV-bezogen anhand der unterjährigen Entwicklung der Einzelwertberichtigungen sowie der Risikovorsorgeplanung.

Die SAB unterscheidet die Teilkreditportfolien Selbstnutzer, Organisierte Wohnungswirtschaft, Private Vermieter im Wohnungsbau, Umwelt- und Landwirtschaft, Infrastruktur und Städtebau sowie Wirtschaft. Die Kundenstruktur ergibt sich aus der Zuweisung von Förderaufgaben an

die SAB. Jedes Teilportfolio wird über spezifische Rating- und Scoringssysteme bewertet, überwacht und gesteuert. Diese Risikoklassifizierungssysteme werden regelmäßig im Rahmen von Backtestings überprüft.

Zur Risikofrüherkennung werden diese Risikoklassifizierungsverfahren mit kontenbezogenen Negativmerkmalen sowie Ausfallprognosen und Portfolioanalysen verzahnt. Zur speziellen unterjährigen Steuerung und Quantifizierung der Adressenausfallrisiken wird außerdem ein Risikovorsorgeprognosesystem angewendet. Das gesamte Kreditrisikoüberwachungs- und -steuerungsinstrumentarium fließt in ein Berichtswesen ein, das die dem Kreditportfolio immanenten Risiken transparent macht.

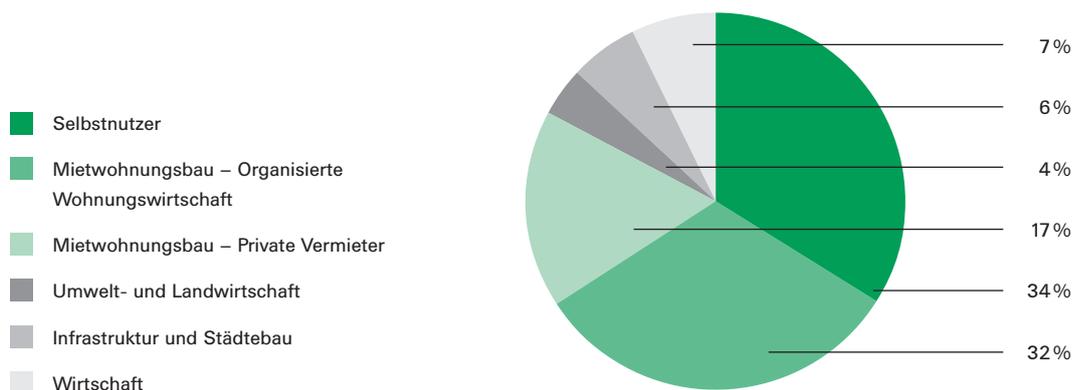
Die Erkenntnisse aus der Risikofrüherkennung werden für das Risikovorsorgeprognosesystem genutzt. Basierend auf den Erfahrungen der letzten Jahre, den Ausfallprognosen sowie der unterjährigen Entwicklung der Risikovorsorge erstellt die SAB eine Prognose der notwendigen Risikovorsorge.

Aufgrund ihres Förderauftrages und einer förderbedingten Konzentration auf das Immobiliengeschäft bestehen bei der SAB sektorale und einzelkreditnehmerbezogene Konzentrationen. Diesem Umstand trägt die SAB durch besondere Beobachtung des sächsischen Wohnungsmarktes Rechnung.

Das Volumen des Kreditportfolios geht seit 2005, insbesondere im Teilportfolio Wohnungsbau – Selbstnutzer nach Auslaufen der Zinsbindungsfrist, deutlich zurück. Die Forderungen aus dem Fördergeschäft betragen 6.192 Mio. €. Annähernd 41% des Kreditportfolios besteht aus Krediten unter 0,5 Mio. €. Nennenswert ist auch der Anteil der Kredite über 5,0 Mio. € mit 44%. Die ausgereichten Darlehen dienen insbesondere der Investitionsförderung.

Das Teilportfolio Selbstnutzer ist mit einem Volumen von 2.123 Mio. € das größte Teilportfolio der SAB. Es umfasst 34% des gesamten Kreditportfolios und verteilt sich auf ca. 24.750 Privatkunden. Das Teilportfolio Selbstnutzer ist angesichts seines hohen Umfangs risikorelevant. Die Risikorelevanz einzelner Engagements ist jedoch durch die hohe Granularität gering. Die Zusammensetzung

Volumenverteilung des Gesamtportfolios



des Portfolios ist im Berichtsjahr konstant geblieben. Zudem wurden Sondertilgungen zum Ablauf der Zinsbindungsfrist vorgenommen. Erkennbare Risiken in diesem Teilportfolio sind durch Einzelwertberichtigungen oder Pauschalwertberichtigungen abgedeckt.

Das Teilportfolio Organisierte Wohnungswirtschaft beinhaltet Kredite an Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften auf dem Gebiet des Freistaates Sachsen. Die Kredite wurden zum Zweck des Neu-, Um- und Ausbaues oder der Modernisierung von Mietwohnungen im Freistaat Sachsen im Rahmen der jeweiligen Förderprogramme vergeben. Das Teilportfolio mit einem Volumen von 1.958 Mio. € ist insbesondere aufgrund seiner Größe, des vergleichsweise hohen Obligos bei einzelnen Kreditnehmern sowie der schwierigen Marktbedingungen, unter denen diese Kreditnehmer tätig sind, für die Bank kreditrisikorelevant. Die Organisierte Wohnungswirtschaft in Sachsen verfügt über einen Wohnungsbestand von ca. 600.000 Wohnungen. Dies entspricht in etwa 39% des Bestandes an Wohnungen in Mehrfamilienhäusern. Etwa die Hälfte der Wohnungsunternehmen nimmt aktiv am Stadtumbauprozess teil. Der Rückbau vollzieht sich fast ausschließlich im Bereich dieser Unternehmen. Durch den konsequenten Rückbau der Wohnungsbestände sächsischer Wohnungsunternehmen verringerte sich deren Leerstand auf aktuell durchschnittlich 13% (2002: ca. 20%). Dies entspricht einem Bestand

von 78.000 Wohneinheiten und steht für ca. ein Viertel des Gesamtleerstandes. Insbesondere bei den am Rückbau beteiligten Unternehmen hat sich die wirtschaftliche Situation durch den Wegfall leerstandsbedingter Kosten sowie die Alt-schuldenentlastung stabilisiert. Die Organisierte Wohnungswirtschaft ist durch die erfolgten aufwandsseitigen Anpassungsmaßnahmen wirtschaftlich stabiler als noch vor wenigen Jahren. Erkennbaren Risiken wurde durch Einzelwertberichtigungen oder die Belegung des Bürgschaftsrahmens des Freistaates Sachsen Rechnung getragen.

Das Teilportfolio Private Vermieter umfasst ein Volumen von 1.064 Mio. €. Bei den ca. 2.700 Kreditnehmern überwiegen die privaten Investoren. Dieses Portfolio ist aufgrund seines Umfangs, des betriebenen Individualgeschäfts sowie der schwierigen Marktbedingungen für die finanzierten (Sicherungs-)Objekte risikorelevant. Anders als die Organisierte Wohnungswirtschaft wirken die Privaten Vermieter bislang kaum am Stadtumbauprozess mit.

Insgesamt stieg die Risikokonzentration der Teilportfolios Wohnungsbau aufgrund des Abschmelzens des Teilportfolios Selbstnutzer.

Das Teilportfolio Umwelt und Landwirtschaft beinhaltet Förderdarlehen an die sächsische Landwirtschaft überwiegend im Hausbankenverfahren sowie Kommunal- bzw. kommunalähnliche Kredite in Höhe von insgesamt 248 Mio. €. Das ge-

samte Teilportfolio ist nach Art, Umfang, Komplexität als nicht risikorelevant einzustufen.

Das Teilportfolio Infrastruktur und Städtebau ist aufgrund seines hohen Anteils an Kommunalkrediten nicht risikorelevant. Die Forderungen aus dem Bereich Infrastruktur und Städtebau betragen im Berichtsjahr 375 Mio. €.

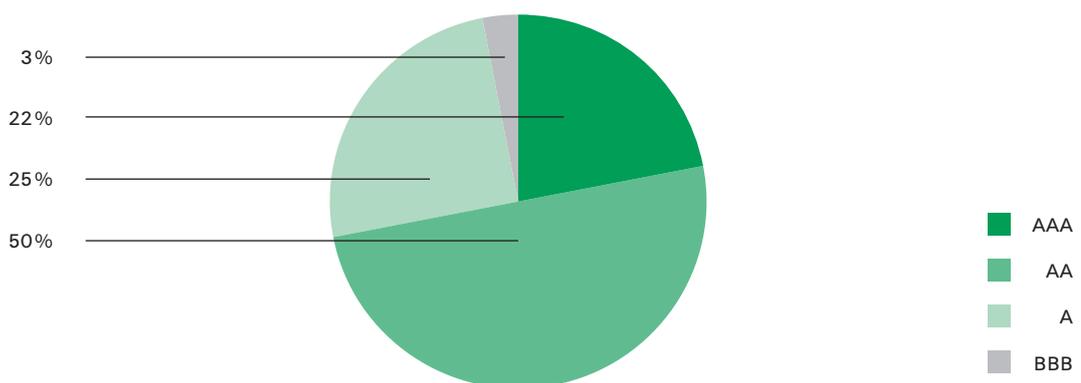
Das Teilportfolio Wirtschaft beinhaltet Förderdarlehen sowie Bürgschaften im Eigenobligo der Bank an Unternehmen der sächsischen Wirtschaft in Höhe von 424 Mio. € im Hausbankenverfahren. Der Bereich des Teilportfolios Wirtschaft, der die Zielgruppe der Förderprogramme Rettungs- und Umstrukturierungsbeihilfen, Krisenbewältigung und Neustart sowie Liquiditätshilfedarlehen der gewerblichen Wirtschaft repräsentiert, ist hinsichtlich seiner Größe von eher untergeordneter Bedeutung. Die Risiken sind durch Einzelwertberichtigungen abgedeckt.

Das Treasury der SAB umfasst Wertpapiergeschäfte, Geschäfte in Derivaten, Geld- und Kapitalmarkt sowie Devisengeschäfte. Die Risikostrategie für das Teilportfolio Treasury stellt den strategischen

Rahmen dar. Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung an den Finanzmärkten sind und werden ergänzend operative Festlegungen getroffen. Es werden ausschließlich fest- und variabelverzinsliche Euro-Wertpapiere erworben, wobei Zinsrisiken grundsätzlich abgesichert werden. Auf den Kauf von strukturierten Wertpapieren wird verzichtet.

Das Wertpapiergeschäft der Bank dient dem Aufbau langfristiger Aktiva mit guter Kreditqualität, verbunden mit einer Risikodiversifikation des vorhandenen Kreditportfolios sowie einer nachhaltigen Stärkung der Ertragskraft. Dem Erwerb von Wertpapieren in den Anlagebestand liegt dabei der „Buy and Hold“-Ansatz zugrunde, der den Status der SAB als Nichthandelsbuchinstitut bestätigt. Dem folgt eine Bilanzierung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip. Schwebende Verluste sind somit nicht GuV-wirksam, sofern keine dauerhafte Wertminderung angenommen wird. Das **Treasury der SAB verfolgt eine konservative Anlagestrategie**. 22% des Wertpapierportfolios sind mit AAA-Adressen und weitere 50% mit AA-Adressen belegt.

Qualität des Wertpapierportfolios



Darüber hinaus hält die SAB Schuldscheindarlehen gegenüber inländischen öffentlichen Stellen in Höhe von 1.140 Mio. € im Bestand, welche nach Solvabilitätsverordnung nicht mit Eigenkapital unterlegt werden müssen und nicht dem Wertpapierportfolio zugeordnet werden.

Voraussetzung für Anlageentscheidungen sind Mindestratings der Ratingagenturen Standard & Poor's, Moody's oder Fitch. Einer Anlageentscheidung werden zusätzlich eigene Erkenntnisse zugrunde gelegt. Konkret erfolgt eine eingehende Analyse der Bonität des Schuldners, der rele-

vanten Märkte und der Art und Ausstattung des Finanzproduktes.

Im Bestand der SAB befanden sich zu keinem Zeitpunkt verbriefte Subprime-Kredite. Für Risiken im Wertpapierbestand wurde ein Betrag von 50 Mio. € vorsorglich mit Eigenmitteln unterlegt.

Kontrahentenrisiko ist das Risiko, dass durch den Ausfall eines Vertragspartners ein unrealisierter Gewinn aus schwebenden Geschäften nicht mehr vereinnahmt werden kann. Dieses Risiko wird als nicht wesentlich eingeschätzt. Die Kontrahenten der SAB müssen auf unbesicherter Basis grundsätzlich ein Mindestrating von AA aufweisen.

Länderrisiko kann ein Kredit- oder Kontrahentenrisiko sein, welches nicht durch den Vertragspartner selbst, sondern aufgrund seines Sitzes im Ausland besteht. Wirtschaftliche oder politische Einflussnahme des Landes kann die Zahlung des zahlungspflichtigen Vertragspartners beeinflussen.

Da sich die Tätigkeit der SAB auf Sachsen beschränkt, ist das Länderrisiko innerhalb des Kreditrisikos kaum relevant. Es bestehen vereinzelte Darlehen an ausländische Kreditnehmer zum Zwecke der Finanzierung sächsischer Wohnimmobilien. Der Erwerb ausländischer Anleihen ist beschränkt. Gemäß den Rahmenbedingungen für das Betreiben von Handelsgeschäften der SAB handelt es sich vornehmlich um Risiken aus EWWU-Ländern. Eine Länderrisikovorsorge ist derzeit nicht notwendig.

Das Beteiligungsrisiko beschreibt die Gefahr potenzieller Wertverluste aufgrund von Dividendenausfällen, Abschreibungen, Reservenrückgängen oder Veräußerungsverlusten. Das Risiko wird als nicht wesentlich eingeschätzt. Die SAB geht Beteiligungen nur aus strategischen Erwägungen im Rahmen des Förderauftrages ein.

Marktpreisrisiken

Das Marktpreisrisiko ist die Gefahr der Vermögenswertminderung aufgrund sich verändernder preisbildender Parameter, beispielsweise:

- ▶ Zinsen
- ▶ Aktienkurse
- ▶ Währungskurse

Das Zinsänderungsrisiko beschreibt die Schwankungen des Zinsüberschusses und Bewertungsergebnisses im Wertpapiergeschäft wegen der Veränderlichkeit der Zinsstrukturkurven. Dieses Risiko wird durch die SAB als wesentlich eingestuft. Refinanzierungen erfolgen weitestgehend fristenkongruent. Die SAB betreibt eine benchmarkorientierte Zinsbuchsteuerung. Die Überwachung des Zinsänderungsrisikos erfolgt auf Basis eines Varianz-Kovarianz-Modells. Zudem wird die Auswirkung eines standardisierten Zinschocks auf den Barwert des Zinsbuches ermittelt.

Die bei der Bank bestehenden Risiken resultieren ausschließlich aus dem zinstragenden Geschäft. Die Bank setzt zur Steuerung auch Derivate ein. Sämtliche Derivategeschäfte wurden zu Sicherungszwecken abgeschlossen. Die Messung des Zinsrisikos erfolgt sowohl barwertig über einen Value-at-Risk-Ansatz als auch GuV-orientiert. Die Berücksichtigung extremer Marktsituationen erfolgt im Rahmen von Szenariorechnungen. Die SAB hat keine Aktienrisiken. Die Beteiligung mit fünf Aktien am Europäischen Investitionsfonds (EIF) wurde wegen des strategischen Charakters dieses Aktienbesitzes unter das Beteiligungsrisiko gefasst.

Währungsforderungen und -verbindlichkeiten werden täglich zum aktuellen Kurs bewertet. Fremdwährungsgeschäfte werden grundsätzlich über Gegengeschäfte vollständig gesichert.

Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko ist die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Das rechtliche Risiko ist in dieser Definition eingeschlossen. Strategische und Reputationsrisiken werden nicht betrachtet.

Die operationellen Risiken werden als wesentlich eingeschätzt. Die Abteilung Controlling erfasst, analysiert, systematisiert und bewertet eingetretene Risiken bankweit in einer Schadensfalldatenbank. Entscheidungen über Maßnahmen zur Risikosteuerung trifft der Vorstand, die Überwachung obliegt dem Controlling.

Die SAB verfügt über eine umfassende Notfallplanung. Der Parallelbetrieb mehrerer Rechenzentren gewährt die IT-Sicherheit. Des Weiteren existieren diverse Kontrollmechanismen, Dokumentationspflichten, Standardisierungen, Zugangsbeschränkungen sowie Versicherungen zu verschiedenen Aspekten.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko ist die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit durch einen unerwarteten Abfluss von Zahlungsmitteln oder fehlende Möglichkeiten der Zahlungsmittelbeschaffung. Zu den Liquiditätsrisiken gehören das Risiko unzureichender Marktliquidität und das Liquiditätsrisiko des Kreditinstituts, wonach die Bank ihren Zahlungsverpflichtungen betrags- und/oder fristgerecht nur mit einem erhöhten Refinanzierungsaufwand (Anstieg der Refinanzierungsspreads) nachkommen könnte, bis hin zur Gefahr der Zahlungsunfähigkeit. Liquiditätsrisiken wurden als wesentlich eingestuft. Aufgrund der guten Bonität der SAB vor dem Hintergrund der Anstaltslast und Gewährträgerhaftung sind die Liquiditätsrisiken nicht erheblich. Der SAB werden von ihren Partnern Limite eingeräumt, über die auch Liquiditätsschwankungen ausgeglichen werden können. Risikominierend wirkt außerdem, dass die SAB kein Einlagengeschäft betreibt.

Das Risiko der unzureichenden Marktliquidität wird als gering eingeschätzt. Die SAB betreibt kein Eigenhandelsgeschäft, sie ist Nichthandelsbuchinstitut gemäß § 2 Abs. 11 KWG.

Die Steuerung der Liquidität erfolgt über das Treasury, das täglich eine Liquiditätsübersicht erstellt.

Die aufsichtsrechtlichen Regelungen zur Risikobegrenzung wurden sowohl quantitativ als auch qualitativ eingehalten.

Die Liquiditätskennziffer bewegte sich im Berichtsjahr zwischen 2,26 und 3,94 (Vorjahr: 1,64 und 7,91). Die Überwachung obliegt dem Rechnungswesen der SAB.

Die Berichterstattung über Liquiditätsrisiken erfolgt im Rahmen der Sitzungen des Risikoausschusses.

Die Liquiditätsrisiken werden, da diese nicht sinnvoll mit Eigenkapital unterlegt werden können, nicht in die Risikotragfähigkeitsberichterstattung einbezogen.

Geschäftsrisiken

Das Geschäftsrisiko ist in der SAB definiert als die Gefahr einer Unterschreitung des geplanten Kundengeschäftsergebnisses. Das Geschäftsrisiko resultiert sowohl aus den Abweichungen des tatsächlichen Konditionsbeitrages vom geplanten Konditionsbeitrag als auch aus der Nichterreichung geplanter Kundengeschäftsvolumina. Aufgrund des Status als Förderinstitut steht die SAB bei der Vergabe von Fördermitteln nicht im unmittelbaren Wettbewerb mit den Banken. Das Risiko besteht demzufolge im Wesentlichen für das Prolongations-/Zinsanpassungsgeschäft und aufgrund des Förderauftrages der Bank nur in geringem Umfang für das Neugeschäft. Das Geschäftsrisiko ist als wesentlich klassifiziert und in das Risikotragfähigkeitskonzept einbezogen.

8. Prognosebericht

Wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen

Nach Aussage des Jahresgutachtens 2009/2010 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Situation haben außenwirtschaftliche Impulse aktuell eine zögerliche Erholung der deutschen Wirtschaft eingeleitet. Vor dem Hintergrund des Abbaus weltwirtschaftlicher Ungleichgewichte und auslaufender Konjunkturprogramme dürfte mit einer fragilen Aufwärtsbewegung zu rechnen sein. Der Sachverständigenrat geht davon aus, dass das BIP in 2010 gegenüber 2009 um 1,6% steigen wird.

Wie schnell die deutsche Volkswirtschaft wieder ihren Wachstumspfad erreicht, hängt nach Meinung des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Situation vor allem von zwei Faktoren ab: der außenwirtschaftlichen Dynamik und den möglichen Bremswirkungen,

die binnenwirtschaftlich von den dem Konjunkturunbruch folgenden Zweitrundeneffekten ausgehen. Die an sich wenig ausgeprägte Aufschwungsdynamik könnte von einer Reihe von Effekten gebremst werden. Als entscheidend werden in diesem Zusammenhang vor allem die weitere Entwicklung am Arbeitsmarkt sowie der Zugang zu Finanzierungsmitteln gesehen. Das ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V. prognostiziert für 2010 einen Anstieg der Arbeitslosenquote um 0,4 Prozentpunkte auf 8,3%. In 2010 rechnet das ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V. für Sachsen mit einem Wirtschaftswachstum von 1,5%. Es dürfte damit stärker ausfallen als in Ostdeutschland insgesamt (1,1%) und nur leicht unter dem deutschen Durchschnitt (1,7%) liegen. Im verarbeitenden Gewerbe Sachsens wird im nächsten Jahr mit einer etwas dynamischeren Entwicklung der Bruttowertschöpfung gerechnet, dagegen dürfte es im Bereich öffentliche und private Dienstleistungen infolge des weiteren Personalabbaus in der öffentlichen Verwaltung zu einer schwächeren Entwicklung kommen. Der Freistaat Sachsen steht vor den gleichen demographischen Herausforderungen wie Deutschland insgesamt: Es werden zu wenige Kinder geboren, um den Bestand der Bevölkerung nachhaltig zu sichern. Verbunden mit den anhaltenden Abwanderungen führt dies zu einem fortschreitenden Rückgang der Einwohnerzahl. Gemäß der 4. Regionalisierten Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamts des Freistaates Sachsen wird die sächsische Bevölkerung bis zum Jahr 2020 voraussichtlich zwischen 6,0% und 9,3% schrumpfen. Ab dem Jahr 2010 ist mit hoher Wahrscheinlichkeit mit einer zweiten Leerstandswelle im Wohnungsmarkt zu rechnen. Die Schere zwischen Angebot und Nachfrage am sächsischen Wohnungsmarkt wird sich aufgrund des Nachrückens der geburtenschwachen Nachwuchsgeneration wieder öffnen. Nach den Prognosen des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen, die sich mit den Aussagen einer Studie des Leibniz-Institutes für ökologische Raumentwicklung e.V. in Dresden zum Potenzial der Ersthochschüler auf dem ostdeutschen Wohnungsmarkt decken, wird

die Gruppe der 18- bis unter 30-Jährigen bis zum Jahre 2015 aufgrund des Nachwuchsgenerationenschocks auf fast die Hälfte des Niveaus der vergangenen Jahre absinken. Selbst mit einer Weiterführung des geförderten Rückbaus auf bisherigem Niveau kann die bislang erreichte Leerstandsquote bestenfalls gehalten werden. Von der demographischen Entwicklung sind insbesondere die Teilportfolien Mietwohnungsbau der Organisierten Wohnungswirtschaft und der Privaten Vermieter betroffen. Die SAB geht davon aus, dass sich ihre Kunden auf die daraus resultierenden Belastungen einstellen werden.

Fördertätigkeit

Es ist das Ziel der SAB, ihre Stellung als zentrales Förderinstitut sowie als Dienstleister des Freistaates Sachsen weiter zu festigen. Dies soll durch eine effiziente Abwicklung der Förderprogramme sowie hohe Flexibilität bei der Lösung der anstehenden Aufgaben erreicht werden. Das Neugeschäft der Bank dürfte gegenüber dem Berichtsjahr spürbar abnehmen. Dies ist auf den Wegfall von Sondereffekten (Förderung des Heizkesselumtauschs, Förderung nach der Verwaltungsvorschrift „KommInfra 2009“) und auf die Haushaltsmitteldisposition des Freistaates zurückzuführen. Die SAB wird in 2010 – wie auch in den darauf folgenden Jahren – den gesamten Prozess des Stadumbaues durch die Finanzierung des Rückbaus und durch die Sicherstellung der Liquidität der Wohnungswirtschaft begleiten. Die Bank ist bestrebt, in der Wohnungsbaufinanzierung Neugeschäft zu generieren und gleichzeitig die Portfolioqualität zu verbessern bzw. mindestens beizubehalten. Im Jahr 2010 stehen wiederum Teile des Darlehensbestandes zur Zinsanpassung an. Ziel ist es, den Trend des Abschmelzens des vorhandenen Darlehensbestandes zu verlangsamen. Damit ließe sich ein signifikanter Beitrag zur Sicherung der Ertragskraft leisten. Im Bereich Infrastruktur und Städtebau wird die SAB vor allem dem Ausbau des Kreditgeschäfts

mit juristischen Personen des öffentlichen Rechts, insbesondere bei der Infrastrukturfinanzierung, ein größeres Augenmerk schenken.

Die Zuschussförderung aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und die Technologieförderung bleiben noch auf längere Sicht wichtige Instrumente im Bereich der Wirtschaftsförderung. Vor dem Hintergrund der Befürchtungen des sächsischen Mittelstandes vor einer „Kreditklemme“ bleibt es aber auch im Jahr 2010 zentrales Ziel der SAB, die Kreditversorgung der gewerblichen Wirtschaft, des Handwerks und der freien Berufe im Freistaat Sachsen zu sichern. Bei der Abwicklung der Wirtschaftsförderprogramme kommt den Partnerbanken der SAB auch in Zukunft ein besonderer Stellenwert zu, da verschiedene Förderprogramme im Hausbankenverfahren abgewickelt werden. Die Hausbanken sind hier sowohl Vertriebs- als auch Risikopartner der SAB, da sie einerseits die Fördermittel an den Endkunden weiterleiten und andererseits das Obligo in ihre Bücher nehmen.

Im Bereich Umwelt- und Landwirtschaftsförderung wird die Förderung von Energieeffizienz-

maßnahmen auf hohem Niveau fortgeführt werden. Zur Umsetzung der Abwasserstrategie des Freistaates Sachsen bis 2015 wird die SAB überwiegend Investitionsvorhaben zur Abwasserbeseitigung im ländlichen Raum fördern.

Die zu befürchtenden Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf den Arbeitsmarkt machen deutlich, dass die Aus- und Weiterbildungsförderung eine wichtige Aufgabe der SAB bleibt.

Vor dem Hintergrund mittelfristig zurückgehender Fördermittel und der Jährlichkeitsproblematik von Haushaltsmitteln engagiert sich die Bank für die verstärkte Anwendung ressourcenschonender neuer Förderinstrumente, bspw. revolvingender Fonds. Hier erwartet die Bank, dass sie in 2010 neue Förderaufgaben vom Freistaat Sachsen übertragen bekommt.

Ertrags- und Finanzlage

Die Erlösplanung berücksichtigt nur Programme, für die bereits ein Auftrag des Freistaates Sachsen vorliegt oder kurz vor dem Abschluss steht. Die Bank plant mit einem Betriebsergebnis von 71,5 Mio. € vor Risikovorsorge.

| Planung 2010 | Mio. € |
|--|-------------|
| Zinsüberschuss | 97,4 |
| Provisionsüberschuss | 53,5 |
| Ordentliche Aufwendungen | 81,6 |
| - Personalaufwand | 51,9 |
| - Sachaufwand (inkl. Afa) | 29,7 |
| Sonstiges Ergebnis | 2,2 |
| Betriebsergebnis vor Risikovorsorge | 71,5 |

Die Finanzmarktkrise wird auch im Jahr 2010 Auswirkungen auf die Refinanzierungsmöglichkeiten und Anlageentscheidungen aller Banken haben. Die Förderinstitute, und somit auch die SAB, werden sich diesen Einflüssen nicht entziehen können.

Die SAB wird ihre Anlagestrategie „Sicherheit geht vor Ertrag“ weiterführen. Instrumente, bei denen die Risiken nicht hinreichend beurteilt werden können, dürfen nicht erworben werden. Die Geschäftsleitung erwartet, dass das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge mittelfristig oberhalb einer Grenze von 70,0 Mio. € liegen wird. Wir danken unseren Mitarbeitern für die geleistete gute Arbeit und die hohe Einsatzbereitschaft. Des Weiteren gilt unser Dank dem Personalrat für eine pragmatische und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Unseren Kunden und Partnern danken wir für das entgegengebrachte Vertrauen und die gute Zusammenarbeit.

Dresden, 5. März 2010

Stefan Weber
Gerd Pohland

Bericht des Verwaltungsrates 2009

Im Rahmen seiner satzungsmäßigen Aufgaben hat der Verwaltungsrat insbesondere die Tätigkeit der Geschäftsführung überwacht. Der Vorstand hat den Verwaltungsrat und seine Mitglieder im mündlichen und schriftlichen Kontakt laufend über die wesentlichen Vorgänge der Bank informiert.

Der Verwaltungsrat trat am 30. März 2009, 15. Juni 2009, 28. September 2009 und 14. Dezember 2009 zu ordentlichen Sitzungen zusammen.

Im Kreditausschuss des Verwaltungsrates wurden Beschlüsse über Organkredite sowie über weitere in seine Zuständigkeit fallende Kreditengagements getroffen.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2009 wurden durch die zum Abschlussprüfer bestellte PwC Pricewaterhouse-Coopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde erteilt. Dem Verwaltungsrat wurden der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Prüfungsbericht durch den Vorstand vorgelegt. Nach eigener Prüfung der Vorlagen stimmt der Verwaltungsrat dem Jahresabschluss und dem Ergebnis der Abschlussprüfung zu.

Der Verwaltungsrat beschließt, den Jahresüberschuss von 1.445 T€ zu 20% (= 289 T€) der satzungsmäßigen Rücklage zuzuführen und den Restbetrag von 80% (= 1.156 T€) in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen.

Der Verwaltungsrat
Prof. Dr. Georg Unland
Vorsitzender

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2009

Aktiva

| Aktiva | € | € | Vorjahr | T€ |
|---|--------------------|------------------|---------|-----------|
| 1. Barreserve | | | | |
| a) Kassenbestand | 22.156,42 | | | 19 |
| b) Guthaben bei Zentralnotenbanken | 11.058.248,43 | 11.080.404,85 | | 13.863 |
| darunter: | | | | |
| bei der Deutschen Bundesbank | | | | |
| € 11.058.248,43 | | | | |
| Vorjahr | T€ 13.863 | | | |
| 2. Forderungen an Kreditinstitute | | | | |
| a) täglich fällig | 104.191.215,56 | | | 91.246 |
| b) andere Forderungen | 714.280.044,79 | 818.471.260,35 | | 1.110.199 |
| 3. Forderungen an Kunden | | | | |
| | | 6.360.174.694,48 | | 6.409.337 |
| darunter: | | | | |
| durch Grundpfandrechte | | | | |
| gesichert | € 2.975.586.531,14 | | | |
| Vorjahr | T€ 3.071.890 | | | |
| Kommunalkredite | € 1.629.242.857,39 | | | |
| Vorjahr | T€ 1.521.073 | | | |
| 4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | | | | |
| a) Anleihen und Schuldverschreibungen | | | | |
| aa) von öffentlichen Emittenten | 20.561.506,85 | | | 5.063 |
| ab) von anderen Emittenten | 1.266.795.742,62 | 1.287.357.249,47 | | 1.335.769 |
| darunter: | | | | |
| beleihbar bei der Deutschen | | | | |
| Bundesbank | € 1.282.186.975,50 | | | |
| Vorjahr | T€ 1.310.401 | | | |

| Aktiva | € | € | Vorjahr | T€ |
|--|------------------|----------|------------------|-----------|
| 5. Beteiligungen | | | 1.802.121,68 | 3.847 |
| darunter: | | | | |
| an Kreditinstituten | € 1.589.871,68 | | | |
| Vorjahr | T€ 2.357 | | | |
| 6. Anteile an verbundenen Unternehmen | | | 135.000,00 | 135 |
| darunter: | | | | |
| an Kreditinstituten | € 0,00 | | | |
| Vorjahr | T€ 0 | | | |
| 7. Treuhandvermögen | | | 154.662.943,61 | 97.252 |
| darunter: | | | | |
| Treuhandkredite | € 154.662.943,61 | | | |
| Vorjahr | T€ 97.252 | | | |
| 8. Immaterielle Anlagewerte | | | 1.242.546,00 | 896 |
| 9. Sachanlagen | | | 30.379.512,13 | 31.228 |
| 10. Sonstige Vermögensgegenstände | | | 4.880.381,98 | 5.881 |
| 11. Rechnungsabgrenzungsposten | | | 16.226.394,24 | 15.834 |
| Summe der Aktiva | | | 8.686.412.508,79 | 9.120.569 |

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2009

Passiva

| Passiva | € | € | € | Vorjahr | T€ |
|--|---|------------------|------------------|---------|-----------|
| 1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | | | | | |
| a) täglich fällig | | 130.091.072,44 | | | 16.993 |
| b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist | | 6.415.306.296,38 | 6.545.397.368,82 | | 7.667.606 |
| 2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, andere Verbindlichkeiten | | | | | |
| a) täglich fällig | | 548.512.081,57 | | | 361.978 |
| b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist | | 550.086.066,88 | 1.098.598.148,45 | | 254.584 |
| 3. Treuhandverbindlichkeiten | | | 154.662.943,61 | | 97.252 |
| darunter: | | | | | |
| Treuhandkredite € 154.662.943,61 | | | | | |
| Vorjahr T€ 97.252 | | | | | |
| 4. Sonstige Verbindlichkeiten | | | 25.022.295,23 | | 37.241 |
| 5. Rechnungsabgrenzungsposten | | | 133.207.991,53 | | 149.236 |
| 6. Rückstellungen | | | | | |
| a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen | | 6.060.000,00 | | | 6.235 |
| b) Steuerrückstellungen | | 0,00 | | | 0 |
| c) andere Rückstellungen | | 13.973.260,00 | 20.033.260,00 | | 21.402 |
| 7. Nachrangige Verbindlichkeiten | | | 140.088.842,66 | | 140.086 |

| Passiva | € | € | € | Vorjahr | T€ |
|--|----------------|----------------|------------------|---------|-----------|
| 8. Fonds für allgemeine Bankrisiken | | | 200.000.000,00 | | 0 |
| 9. Eigenkapital | | | | | |
| a) gezeichnetes Kapital | | | | | |
| aa) gezeichnetes Kapital | 260.000.000,00 | | | | 260.000 |
| ab) Einlagen stiller Gesellschafter | 50.000.000,00 | 310.000.000,00 | | | 50.000 |
| b) Kapitalrücklage | | 3.357.193,81 | | | 3.357 |
| c) Gewinnrücklagen | | | | | |
| ca) satzungsmäßige Rücklagen | 12.751.143,58 | | | | 12.462 |
| cb) andere Gewinnrücklagen | 43.293.321,10 | 56.044.464,68 | | | 42.137 |
| d) Bilanzgewinn | | 0,00 | 369.401.658,49 | | 0 |
| Summe der Passiva | | | 8.686.412.508,79 | | 9.120.569 |

| | € | € | € | Vorjahr | T€ |
|--|---|---|----------------|---------|---------|
| 1. Eventualverbindlichkeiten | | | | | |
| a) Verbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln | | | 0,00 | | 0 |
| b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen | | | 48.742.293,72 | | 39.472 |
| 2. Andere Verpflichtungen | | | | | |
| a) Unwiderrufliche Kreditzusagen | | | 375.120.171,72 | | 449.029 |

Dresden, 31. Dezember 2009/5. März 2010

Sächsische Aufbaubank – Förderbank –
Stefan Weber
Gerd Pohland

Gewinn- und Verlustrechnung 1. Januar bis 31. Dezember 2009
Aufwendungen und Erträge

| Aufwendungen | € | € | € | Vorjahr | T€ |
|---|---------------|---------------|----------------|---------|---------|
| 1. Zinsaufwendungen | | | 263.585.730,28 | | 390.899 |
| 2. Provisionsaufwendungen | | | 631,99 | | 0 |
| 3. Nettoaufwand aus Finanzgeschäften | | | 0,00 | | 168 |
| 4. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen | | | | | |
| a) Personalaufwand | | | | | |
| aa) Löhne und Gehälter | 37.437.311,42 | | | | 34.819 |
| ab) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung, darunter: für Altersversorgung € 1.359.924,69 Vorjahr T€ 2.145 | 7.991.949,69 | 45.429.261,11 | | | 8.242 |
| b) andere Verwaltungsaufwendungen | | 20.660.213,51 | 66.089.474,62 | | 18.507 |
| 5. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen | | | 2.877.264,99 | | 10.575 |
| 6. Sonstige betriebliche Aufwendungen | | | 5.548.202,92 | | 2.593 |
| 7. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft | | | 0,00 | | 61.795 |

| Aufwendungen | € | € | € | Vorjahr | T€ |
|--|---|---|-----------------------|---------|----------------|
| 8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere | | | 2.045.167,52 | | 17.741 |
| 9. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken | | | 200.000.000,00 | | 0 |
| 10. Sonstige Steuern | | | 1.255,00 | | 5 |
| 11. Jahresüberschuss | | | 1.445.321,05 | | 1.125 |
| Summe der Aufwendungen | | | 541.593.048,37 | | 546.469 |

| | € | € | € | Vorjahr | T€ |
|---------------------------------------|---|--------------|--------------|---------|----|
| 1. Jahresüberschuss | | | 1.445.321,05 | | |
| 2. Einstellung in die Gewinnrücklagen | | | | | |
| a) in die satzungsmäßige Rücklage | | 289.064,21 | | | |
| b) in die anderen Gewinnrücklagen | | 1.156.256,84 | 1.445.321,05 | | |
| 3. Bilanzgewinn | | | 0,00 | | |

| Erträge | € | € | € Vorjahr | T€ |
|--|---|----------------|----------------|---------|
| 1. Zinserträge aus | | | | |
| a) Kredit- und Geldmarktgeschäften | | 333.431.755,08 | | 424.412 |
| b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen | | 26.213.282,77 | 359.645.037,85 | 63.137 |
| 2. Laufende Erträge aus | | | | |
| a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren | | | 0,00 | 0 |
| b) Beteiligungen | | | 24.930,65 | 33 |
| c) Anteilen an verbundenen Unternehmen | | | 0,00 | 0 |
| 3. Provisionserträge | | | 57.896.437,39 | 47.394 |
| 4. Nettoertrag aus Finanzgeschäften | | | 214.985,97 | 0 |
| 5. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie Auflösungen von Rückstellungen im Kreditgeschäft | | | 62.680.151,47 | 0 |
| 6. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren | | | 12.816.590,00 | 213 |
| 7. Sonstige betriebliche Erträge | | | 48.314.915,04 | 11.280 |
| Summe der Erträge | | | 541.593.048,37 | 546.469 |

Dresden, 31. Dezember 2009/5. März 2010

Sächsische Aufbaubank – Förderbank –
Stefan Weber
Gerd Pohland

1. Vorbemerkung

Mit Wirkung vom 07.05.1996 erhielt die Sächsische Aufbaubank die Erlaubnis zum Betreiben von Bankgeschäften im Sinne des § 1 Abs. 1 Nrn. 1–5 und 7–9 KWG. Sie nahm am 01.06.1996 ihren Geschäftsbetrieb auf. Das Betriebsanwesen befindet sich im Eigentum der Bank.

Die Sächsische Aufbaubank GmbH ist mit In-Kraft-Treten des „Gesetzes zur Errichtung der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank –“ (FörderbankG) am 12.07.2003 in eine Anstalt des öffentlichen Rechts umgewandelt worden. Der Freistaat Sachsen ist alleiniger Anteilseigner. Das Stammkapital von 260 Mio. € ist voll eingezahlt.

Die Bank erfüllt als zentrales Förderinstitut des Freistaates Sachsen die ihr durch §§ 2 und 3 FörderbankG übertragenen Aufgaben. Die Geschäftstätigkeit umfasst insbesondere die Gewährung und Verwaltung von Darlehen, Zuschüssen und sonstigen Finanzierungshilfen sowie Übernahme von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen auf den Gebieten Wirtschaftsförderung, Arbeitsmarktförderung, Technologieförderung, Wohnungs-, Städtebau- und Infrastrukturförderung, Landwirtschafts- sowie Umweltschutzförderung. Die Bank betreibt keine Wettbewerbsgeschäfte.

Auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses wurde wegen untergeordneter Bedeutung der Tochterunternehmen (SBG – Sächsische Beteiligungsgesellschaft mbH, Sächsisches Staatsweingut GmbH sowie Businessplan-Wettbewerb Sachsen GmbH) und deren Beteiligungen gemäß § 296 Abs. 2 HGB verzichtet. Die SBG – Sächsische Beteiligungsgesellschaft mbH ist ein nachgeordnetes Unternehmen im Sinne von § 10a Abs. 2 KWG.

2. Allgemeine Grundsätze

Der Jahresabschluss der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), des Förderbank- und Aktiengesetzes sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) erstellt. Die Gliederung der Bilanz und Gewinn-

und Verlustrechnung erfolgt gemäß den Formblättern 1 und 2 der RechKredV.

3. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden wurde nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB vorgenommen. Die speziellen Regelungen des § 340e HGB für Kreditinstitute sind beachtet worden.

Die immateriellen Anlagewerte und die Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, ausgewiesen.

Bei Gegenständen des Anlagevermögens werden planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer vorgenommen. Die Abschreibung für die beweglichen und abnutzbaren Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens erfolgt linear. Außerplanmäßige Abschreibungen erfolgen bei dauernder Wertminderung. Für die geringwertigen Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten zwischen 150 € bis 1.000 € liegen, wird ein Sammelposten gebildet, der über fünf Jahre aufgelöst wird. Die geringwertigen Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten unter 150 € liegen, werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Die wie Anlagevermögen behandelten Wertpapiere hat die Bank auch wie Anlagevermögen bewertet. Der Buchwert beträgt per 31.12.2009 1.276,6 Mio. € (ohne anteilige Zinsen). Bei über pari erworbenen Wertpapieren und Schuldscheindarlehen wird das Aufgeld entsprechend der Laufzeit zu Lasten des Zinsertrages aufgelöst. Das Nominalvolumen der nicht zum strengen Niederstwertprinzip bewerteten Wertpapiere beläuft sich am Bilanzstichtag auf 1.282,5 Mio. €. Die vermiedenen Niederstwertabschreibungen belaufen sich auf 17,1 Mio. €.

Die Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sind zu Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen für dauernde Wertminderungen, bilanziert.

Die Forderungen an Kunden und Kreditinstitute werden grundsätzlich zum Nennwert zuzüglich der Zinsabgrenzung ausgewiesen. Soweit Unter-

schiedsbeträge zwischen Nenn- und Auszahlungsbeträgen bestehen, die Zinscharakter haben, sind diese unter den passiven Rechnungsabgrenzungsposten aufgeführt und werden planmäßig über die Laufzeit bzw. Festzinsbindungsdauer aufgelöst. Bearbeitungsgebühren werden sofort vereinnahmt. Angekaufte Forderungen werden mit ihrem Nominalwert angesetzt abzüglich eines Korrekturpostens in Höhe der Differenz zu den Anschaffungskosten.

Die Agien für erworbene Schuldscheindarlehen bzw. Namenspapiere wurden im Berichtsjahr laufzeitanteilig zu Lasten des Zinsertrages abgegrenzt.

Die sonstigen Vermögensgegenstände sind mit ihrem Anschaffungswert berücksichtigt. Die Grundstücke und Gebäude des Umlaufvermögens sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Den Kredit- und sonstigen Risiken wurde durch Bildung von Einzelwertberichtigungen bzw. Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Für latente Kreditrisiken in der Eigentumsförderung bestehen pauschale Einzelwertberichtigungen.

Die Berechnung der Pauschalwertberichtigung erfolgte in Anlehnung an das Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 10.01.1994. Die Berechnungsmethode der Pauschalwertberichtigung wurde per 31.12.2008 umgestellt (Durchschnittswert des risikobehafteten Kreditvolumens auf die fünf vorangehenden Bilanzstichtage und Durchschnittswert des tatsächlichen Forderungsausfalls auf die fünf vorangehenden Wirtschaftsjahre). Die in die Bürgschaft des Freistaates Sachsen einbezogenen Engagements wurden dabei wie einzelwertberichtigte Engagements behandelt. Einzel- und Pauschalwertberichtigungen sind von den Forderungen abgesetzt worden.

Die Eventualverbindlichkeiten werden in Höhe des verbürgten Kredites abzüglich der gebildeten Rückstellungen ausgewiesen. Die bestehenden Eventual-Rückgriffsforderungen aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen sind in Höhe von 41.112 T€ durch Rückbürgschaften des Freistaates Sachsen gesichert.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Kreditinstituten sowie die nachrangigen Verbindlichkeiten und sonstigen Verbindlichkeiten sind mit den Rückzahlungsbeträgen zuzüglich der Zinsabgrenzung passiviert. Unterschiedsbeträge mit Zinscharakter zwischen Aufnahme- und Rückzahlungsbetrag werden unter den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und planmäßig über die Laufzeit bzw. Festzinsbindungsdauer verteilt.

Im Jahr 1997 wurde die Unterstützungskasse der Sächsischen Aufbaubank e.V. gegründet. Für die noch auf die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – entfallenden Pensionsverpflichtungen besteht eine Rückstellung in Höhe von 6.060 T€. Die Pensionsverpflichtungen werden zum Teilwert auf Basis des Rechnungszinsfußes von 4,0% nach versicherungsmathematischen Methoden entsprechend § 6a EStG berechnet.

Rückstellungen für Altersteilzeit (Blockmodell) erfolgten in Höhe von 3.045 T€. Der Rechnungszinsfuß beträgt 4,0%. Die Rückstellung für Aufstockungsbeträge und Abfindungszahlungen wurde auf Basis der Barwerte gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB gebildet.

Die sonstigen Rückstellungen sind in Höhe des Betrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, um erkennbare Verpflichtungen angemessen zu berücksichtigen.

Rechnungsabgrenzungen wurden in angemessener Weise vorgenommen.

Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten und Devisentermingeschäfte wurden unter Berücksichtigung des § 340h HGB zum Kassakurs am Bilanzstichtag in € umgerechnet bzw. bewertet.

4. KWG-Grundsätze

Die Bank hat die Eigenmittelanforderungen nach SolvV während des gesamten Jahres eingehalten. Die Liquiditätskennzahl wurde stets erfüllt.

5. Fristengliederung ausgewählter Bilanzposten der Aktiv- und Passivseite nach Restlaufzeiten

| Andere Forderungen an Kreditinstitute (31.12.2009) | T€ |
|--|----------------|
| bis 3 Monate | 28.065 |
| mehr als 3 Monate bis 1 Jahr | 31.160 |
| mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre | 418.500 |
| mehr als 5 Jahre | 236.555 |
| Summe | 714.280 |
| Vorjahr | 1.110.199 |

| Forderungen an Kunden (31.12.2009) | T€ |
|--|------------------|
| bis 3 Monate | 198.192 |
| mehr als 3 Monate bis 1 Jahr | 138.825 |
| mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre | 1.488.624 |
| mehr als 5 Jahre | 4.534.534 |
| Summe | 6.360.175 |
| Vorjahr | 6.409.337) |

| Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (31.12.2009) | T€ |
|--|---------------|
| von öffentlichen Emittenten: | |
| bis 3 Monate | 0 |
| mehr als 3 Monate bis 1 Jahr | 0 |
| mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre | 20.562 |
| mehr als 5 Jahre | 0 |
| Summe | 20.562 |

| | |
|------------------------------|------------------|
| von anderen Emittenten: | |
| bis 3 Monate | 28.005 |
| mehr als 3 Monate bis 1 Jahr | 188.678 |
| mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre | 601.444 |
| mehr als 5 Jahre | 448.668 |
| Summe | 1.266.795 |
| Summe gesamt | 1.287.357 |
| Vorjahr | 1.340.832 |

| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (31.12.2009) | T€ |
|--|------------------|
| bis 3 Monate | 305.275 |
| mehr als 3 Monate bis 1 Jahr | 666.623 |
| mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre | 3.071.145 |
| mehr als 5 Jahre | 2.372.263 |
| Summe | 6.415.306 |
| Vorjahr | 7.667.606 |

| Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (31.12.2009) | T€ |
|---|----------------|
| bis 3 Monate | 86.086 |
| mehr als 3 Monate bis 1 Jahr | 0 |
| mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre | 65.000 |
| mehr als 5 Jahre | 399.000 |
| Summe | 550.086 |
| Vorjahr | 254.584 |

| Treuhandvermögen (31.12.2009) | T€ |
|---|----------------|
| Diese Position gliedert sich wie folgt: | |
| Forderungen an Kreditinstitute | 13.825 |
| Forderungen an Kunden | 140.838 |
| Summe | 154.663 |
| Vorjahr | 97.252 |

6. Erläuterungen zu einzelnen Bilanzpositionen

| Forderungen an Kunden (31.12.2009) | T€ |
|--|-----------|
| In dieser Position sind enthalten: | |
| Forderungen gegenüber Gesellschafter | 894.846 |
| Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen darunter: nachrangig T€ 0 | 7.628 |
| Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 82.503 |
| nachrangige Forderungen | 6.758 |

| Anlagevermögen (31.12.2009) | T€ |
|---|-----------|
| Einzelheiten sind aus dem Anlagespiegel, Seite 42/43, ersichtlich. | |

| Sachanlagen (31.12.2009) | T€ |
|--|-----------|
| Die für betriebliche Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude haben einen Bilanzwert in Höhe von | |
| | 26.335 |
| Die Büro- und Geschäftsausstattung hat einen Bilanzwert in Höhe von | |
| | 4.044 |

| Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (31.12.2009) | T€ |
|--|-----------|
| Von den in dieser Position ausgewiesenen Wertpapieren sind: | |
| börsennotiert | 1.287.357 |
| nicht börsennotiert | 0 |
| nicht nach Niederstwertprinzip bewertet | 1.287.357 |

| Sonstige Vermögensgegenstände (31.12.2009) | T€ |
|--|-----------|
| In dieser Position sind enthalten: | |
| sonstige Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen | 20 |
| sonstige Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 0 |

| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (31.12.2009) | T€ |
|---|-----------|
| In dieser Position sind enthalten: | |
| Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter | 528.037 |
| Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen | 140 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen | 0 |

| Treuhandverbindlichkeiten (31.12.2009) | T€ |
|--|-----------|
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 133 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter | 154.530 |
| Summe | 154.663 |
| Vorjahr | 97.252 |

| Sonstige Verbindlichkeiten (31.12.2009) | T€ |
|--|-----------|
| In dieser Position sind enthalten: | |
| Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen | 0 |
| Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen | 0 |

| Rechnungsabgrenzungsposten (31.12.2009) | T€ |
|--|-----------|
| Aktivseite | |
| Agioabgrenzung Schuldscheindarlehen | 2 |
| vorausbezahlte Gehälter | 2.093 |
| Unterschiedsbetrag zwischen Ausgabebetrag und höherem Rückzahlungsbetrag von Verbindlichkeiten | 11.220 |
| sonstige Aufwandsabgrenzungen | 241 |
| Derivate (Einmalzahlung Swap) | 2.670 |
| Summe | 16.226 |
| Vorjahr | 15.834 |

| Rechnungsabgrenzungsposten (31.12.2009) | T€ |
|--|-----------|
| Passivseite | |
| von Dritten im Voraus erhaltene Zinsverbilligungsmittel | 99.108 |
| Unterschiedsbetrag zwischen Auszahlungs- betrag oder Anschaffungskosten und höherem Nennbetrag von Forderungen | 256 |
| sonstige Ertragsabgrenzungen | 33.844 |
| Summe | 133.208 |
| Vorjahr | 149.236 |

7. Erläuterungen zu einzelnen Positionen der Gewinn- und Verlust-Rechnung

| Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sowie aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldverschreibungen (01.01.–31.12.2009) | T€ |
|---|----------------|
| aus Darlehensforderungen | 317.889 |
| aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldverschreibungen | 26.213 |
| aus Geldanlagen | 6.071 |
| zinsähnliche Erträge | 9.472 |
| Summe | 359.645 |
| Vorjahr | 487.549 |

| Provisionserträge (01.01.–31.12.2009) | T€ |
|--|---------------|
| Verwaltungskostenbeiträge | 54.313 |
| Provisionen aus Treuhandgeschäft | 64 |
| treuhänderisch verwaltete Fonds | 2.975 |
| sonstige | 544 |
| Summe | 57.896 |
| Vorjahr | 47.394 |

| Laufende Erträge (01.01.–31.12.2009) | T€ |
|---|----|
| Beteiligungen | 25 |
| Vorjahr | 33 |

| Sonstige betriebliche Erträge (01.01.–31.12.2009) | T€ |
|--|--------|
| In dieser Position sind enthalten: | |
| Einmaleffekt aus dem Förderauftrag der SAB | 32.498 |
| Provisionsnachzahlung (periodenfremd) ESF | 8.000 |
| Erstattungen durch den Freistaat Sachsen | 2.084 |

| Zinsaufwendungen (01.01.–31.12.2009) | T€ |
|--|----------------|
| aus Refinanzierungen (davon aus nachrangigen Verbindlichkeiten T€ 5.868) | 258.301 |
| sonstige | 5.285 |
| Summe | 263.586 |
| Vorjahr | 390.900 |

| Allgemeine Verwaltungsaufwendungen (01.01.–31.12.2009) | T€ |
|---|---------------|
| a) Personalaufwand | 45.429 |
| b) andere Verwaltungsaufwendungen | |
| ▶ Aufwand Leiharbeiter | 4.939 |
| ▶ Dienstleistungen L-Bank – Förderbank – | 4.695 |
| ▶ Gebäudeaufwendungen | 3.198 |
| ▶ Beratungs- und Prüfungskosten | 2.346 |
| ▶ Aufwendungen EDV und Wartung | 1.692 |
| ▶ sonstige | 3.790 |
| Summe | 20.660 |
| Summe gesamt | 66.089 |
| Vorjahr | 61.568 |

8. Sonstige Angaben

Das Nominalvolumen der abgeschlossenen derivativen Geschäfte betrug zum 31.12.2009 4.330 Mio. €. Diese Geschäfte wurden ausschließlich zur Sicherung von Positionen des Bankbuchs getätigt. Devisentermingeschäfte wurden in Höhe von 43,4 Mio. € abgeschlossen.

Von den nachrangigen Verbindlichkeiten von insgesamt nominell 137.000 T€ übersteigen folgende Schuldscheindarlehen 10% des Gesamtbetrages:

| | |
|-----------|--|
| 25.000 T€ | Verzinsung 5,85 % Laufzeit bis 02.01.2017 |
| 15.000 T€ | Verzinsung 3,66 % Laufzeit bis 06.10.2023 |

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung sowie eine Umwandlungsmöglichkeit in eine andere Schuldform sind nicht gegeben. Die Darlehensbedingungen entsprechen den Anforderungen gemäß § 10 Abs. 5a KWG. Die Darlehen sind in den Jahren 2011 bis 2026 endfällig.

Die stillen Einlagen betragen insgesamt 50.000 T€. Zwei Einlagen übersteigen 10% des Gesamtbetrages (25.000 T€ und 15.000 T€ mit je 5,75% Verzinsung und Laufzeit bis zum Jahre 2011 vereinbart). Die Bedingungen dieser beiden Einlagen

entsprechen zum Bilanzstichtag den Anforderungen gemäß § 10 Abs. 4 KWG.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Refinanzierungsdarlehen) sind teilweise durch Abtretung von Kundenforderungen besichert. Ferner wurden per 31.12.2009 Wertpapiere und Schuldscheindarlehen der Deutschen Bundesbank in Höhe von nominal 1.308.565 T€ zur Besicherung von Krediten verpfändet.

Fremdwährungsverbindlichkeiten bestanden im Gegenwert von 197.244 T€.

Außerbilanzielle Fremdwährungsforderungen bestanden im Gegenwert von 153.536 T€. Die Bewertung erfolgte zum Kassakurs am Bilanzstichtag. Im Beteiligungsbereich bestehen Einzahlungsverpflichtungen für ausstehende, bisher nicht eingeforderte Einlagen auf das gezeichnete Kapital in Höhe von 4,0 Mio. €.

Im Berichtsjahr wurden dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gem. § 340g HGB 200,0 Mio. € zugeführt.

Das von dem Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2009 berechnete Gesamthonorar in Höhe von 299.120,54 € gliedert sich wie folgt:

| | |
|--------------------------------|--------------|
| a) Abschlussprüfungsleistungen | 220.000,00 € |
| b) sonstige Leistungen | 79.120,54 € |

Beteiligungsspiegel

Die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – besitzt folgende Anteile an anderen Unternehmen in Höhe von mindestens 20%.

| Name/Sitz | Eigenkapital per | Beteiligungsquote | | Ergebnis 2008 |
|--|------------------|----------------------------|-----|------------------|
| | 31.12.2008 | Stammkapital 31.12.2009 | | |
| | T€ | | T€ | T€ |
| SBG – Sächsische Beteiligungsgesellschaft mbH, Dresden | 19.960 | 100 % | 110 | 822 |
| Sächsisches Staatsweingut GmbH, Radebeul | -6.036 | 100 % | 25 | -1.947 |
| Businessplan-Wettbewerb Sachsen GmbH, Dresden | 110 | 100 % | 25 | 4 |
| Sächsische Energieagentur – SAENA GmbH, Dresden | 754 | 49 % | 25 | -2.078 |

Die Sächsisches Staatsweingut GmbH, Radebeul, besitzt folgende Anteile an anderen Unternehmen in Höhe von mindestens 20%.

| Name/Sitz | Eigenkapital per | Beteiligungsquote | | Ergebnis |
|--|------------------|-------------------|----|----------|
| | 31.12.2008 | Stammkapital | | 2008 |
| | | 31.12.2009 | | |
| | T€ | T€ | | T€ |
| Wein- und Sektkontor Radebeul GmbH, Radebeul | 25 | 100% | 25 | -199 |
| Sektkellerei Wackerbarth GmbH, Radebeul | 36 | 100% | 50 | -1 |

9. Angaben zur Steuerpflicht

Die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – ist aufgrund ihrer Förderaufgaben von Ertrags- und Vermögenssteuern befreit.

10. Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt

Die Bank beschäftigte ohne Vorstand und Auszubildende im Jahresdurchschnitt 763 tariflich und 95 außertariflich bezahlte Mitarbeiter (insgesamt somit 858).

11. Gesamtbezüge und Darlehen der Organe

Die Gesamtbezüge des Vorstandes, ohne Arbeitgeber-Anteile zur Sozialversicherung, im Geschäftsjahr 2009 betragen 795 T€. An Mitglieder des Verwaltungsrates wurden 10,2 T€ gezahlt.

Darlehen an Mitglieder des Verwaltungsrates wurden in Höhe von 217 T€ gewährt (Zinssätze 3,94%–4,61%, Restlaufzeiten von 2009–2020). Die Tilgungen betragen im Geschäftsjahr 2009 9,5 T€.

Für frühere Mitglieder des Vorstandes wurden Rückstellungen für die Anwartschaft auf Pensionen in Höhe von 442 T€ gebildet.

12. Organe der Bank

Vorstand

Stefan Weber
Vorsitzender des Vorstandes
Dresden

Gerd Pohland
Mitglied des Vorstandes
Dresden

Verwaltungsrat

Prof. Dr. Georg Unland
Vorsitzender
Sächsisches Staatsministerium der Finanzen
Staatsminister
Dresden

Sven Morlok (seit 06.11.2009)
stellvertretender Vorsitzender (seit 02.12.2009)
Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft,
Arbeit und Verkehr
Staatsminister
Dresden

Thomas Jurk
stellvertretender Vorsitzender
Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft,
Arbeit und Verkehr
Staatsminister
Dresden
(bis 05.11.2009)

Helma Orosz
Oberbürgermeisterin
Dresden

Uwe Albrecht
Bürgermeister
Dezernat Wirtschaft und Arbeit
Stadtverwaltung
Leipzig

Christian Brand
Vorsitzender des Vorstandes
Landeskreditbank Baden-Württemberg
– Förderbank –
Karlsruhe

Joachim Hoof
Vorsitzender des Vorstandes
Sachsen-Finanzgruppe
Leipzig

stellvertretende Mitglieder

Hartmut Fiedler
Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft,
Arbeit und Verkehr
Staatssekretär
Dresden
(seit 06.11.2009)

Dr. Hartmut Mangold
Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft,
Arbeit und Verkehr
Staatssekretär
Dresden
(bis 05.11.2009)

Ronald Weckesser
(bis 28.09.2009)

Jürgen Hägele
stellv. Vorsitzender des Vorstandes
Landeskreditbank Baden-Württemberg
– Förderbank –
Karlsruhe

Dr. Harald Langenfeld
Mitglied des Vorstandes
Sachsen-Finanzgruppe
Leipzig

Arbeitnehmervertreter

Christiane Heerdegen
Sächsische Aufbaubank – Förderbank –
Personalratsvorsitzende
Angestellte
Dresden

Bernd Diethold
Sächsische Aufbaubank – Förderbank –
Angestellter
Dresden
(seit 21.08.2009)

Herbert Bach
Sächsische Aufbaubank – Förderbank –
Angestellter
Dresden
(bis 20.08.2009)

André Finger
Sächsische Aufbaubank – Förderbank –
Angestellter
Dresden

stellvertretende Mitglieder

Sabine Ulrich
Sächsische Aufbaubank – Förderbank –
Angestellte
Dresden

Lars Köhler
Sächsische Aufbaubank – Förderbank –
Angestellter
Dresden
(seit 06.11.2009)

Bernd Diethold
Sächsische Aufbaubank – Förderbank –
Angestellter
(bis 20.08.2009)

Olaf Mundt
Sächsische Aufbaubank – Förderbank –
Angestellter
Dresden
(seit 06.11.2009)

Dr. Dorothea Wunsch
Angestellte
Dresden
(bis 05.11.2009)

Mandate

Stefan Weber, Vorsitzender des Vorstandes,
übt folgende Mandate aus:

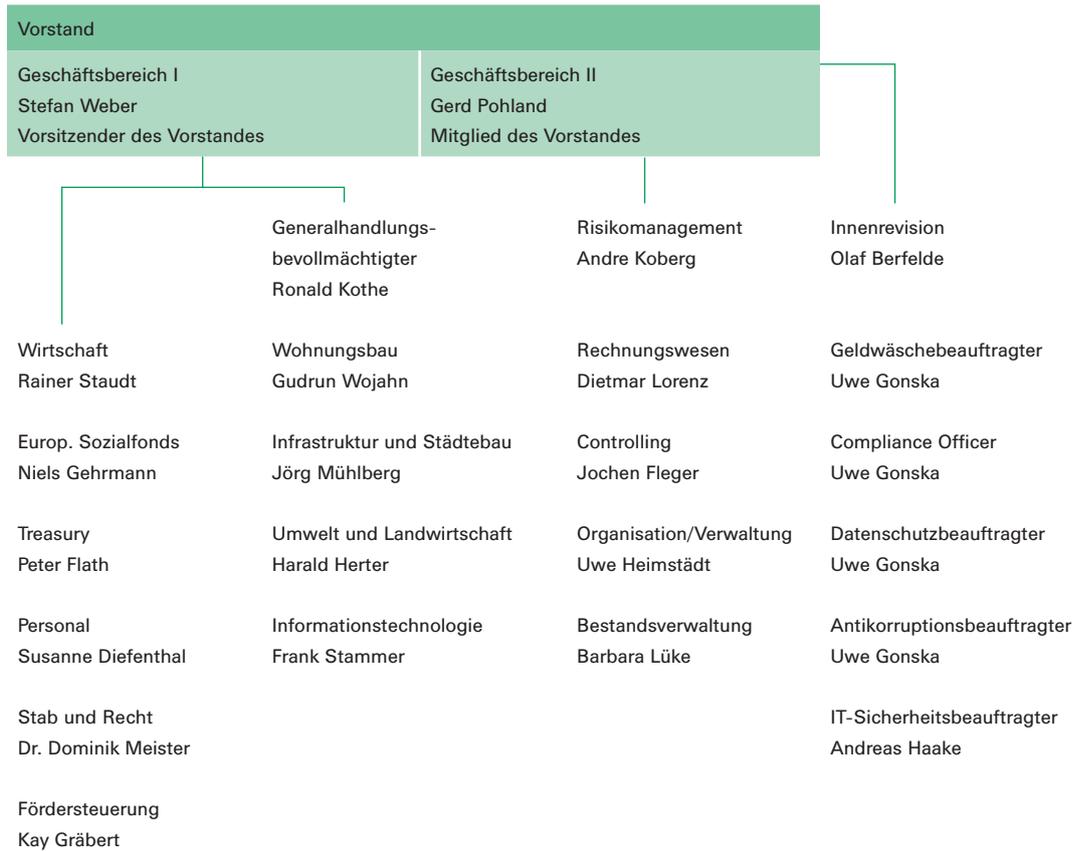
- ▶ seit dem 15.11.2005 im Aufsichtsrat der
STESAD GmbH, Dresden
- ▶ seit dem 01.06.2007 im Aufsichtsrat der
Wohnungsgesellschaft mbH Hoyerswerda
- ▶ seit dem 20.06.2007 im Aufsichtsrat der
Sächsischen Energieagentur – SAENA GmbH,
Dresden
- ▶ seit dem 10.09.2008 im Beirat der RKW
Sachsen GmbH Dienstleistung und Beratung,
Dresden

13. Verwendung des Jahresüberschusses

Der Vorstand schlägt vor, den Jahresüberschuss
des Geschäftsjahres 2009 von 1.445.321,05 €
in Höhe von 20% (= 289.064,21 €) der satzungsmäßigen
Rücklage zuzuführen und den Restbetrag von 80%
(= 1.156.256,84 €) in die andere Gewinnrücklage
einzustellen.

Dresden, 5. März 2010

Stefan Weber
Gerd Pohland



Anlagespiegel

| | Anschaffungs- kosten Stand 01.01.2009 T€ | Um- buchungen T€ | Zugänge T€ | Abgänge T€ | Stand 31.12.2009 T€ | Abschreibungen Stand 01.01.2009 T€ |
|---|--|------------------------|---------------|----------------|---------------------------|---|
| I. Finanzanlagen | | | | | | |
| Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (ohne HB) | 1.345.181 | 0 | 63.435 | 125.933 | 1.282.683 | 17.741 |
| Beteiligungen | 3.847 | 0 | 0 | 0 | 3.847 | 0 |
| Anteile an verbundenen Unternehmen | 3.160 | 0 | 0 | 0 | 3.160 | 3.025 |
| II. Immaterielle Anlage- werte | | | | | | |
| Immaterielle Anlagewerte | 8.575 | 0 | 1.002 | 271 | 9.306 | 7.679 |
| III. Sachanlagen | | | | | | |
| Grundstücke und Gebäude | 41.992 | 0 | 258 | 0 | 42.250 | 14.992 |
| Anlagen im Bau | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Betriebs- und Geschäfts- ausstattung | 15.963 | 0 | 585 | 2.713 | 13.835 | 12.102 |
| Kunstgegenstände | 66 | 0 | 0 | 0 | 66 | 0 |
| Geringwertige Wirtschafts- güter | 1.441 | 0 | 568 | 348 | 1.661 | 1.140 |
| Summe | 59.462 | 0 | 1.411 | 3.061 | 57.812 | 28.234 |
| Summe gesamt | 1.420.225 | 0 | 65.848 | 129.265 | 1.356.808 | 56.679 |

| Um- buchungen | Zugänge | Abgänge | Stand 31.12.2009 | kumulierte Auflösung Agio | kumulierte Zuschrei- bungen | Buchwerte | |
|------------------|---------|---------|---------------------|---------------------------------|-----------------------------------|---------------------|---------------------|
| | | | | | | Stand 31.12.2009 | Stand 31.12.2008 |
| | | | | | | T€ | T€ |
| | | | | | | | |
| 0 | 0 | 12.750 | 4.991 | 1.148 | 17 | 1.276.561 | 1.326.326 |
| 0 | 2.045 | 0 | 2.045 | 0 | 0 | 1.802 | 3.847 |
| 0 | 0 | 0 | 3.025 | 0 | 0 | 135 | 135 |
| | | | | | | | |
| 0 | 655 | 271 | 8.063 | 0 | 0 | 1.243 | 896 |
| | | | | | | | |
| 0 | 923 | 0 | 15.915 | 0 | 0 | 26.335 | 27.000 |
| 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 0 | 1.111 | 2.676 | 10.537 | 0 | 0 | 3.298 | 3.861 |
| 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 66 | 66 |
| 0 | 189 | 348 | 981 | 0 | 0 | 680 | 301 |
| | | | | | | | |
| 0 | 2.223 | 3.024 | 27.433 | 0 | 0 | 30.379 | 31.228 |
| | | | | | | | |
| 0 | 4.923 | 16.045 | 45.557 | 1.148 | 17 | 1.310.120 | 1.362.432 |

Derivative Geschäfte – Darstellung der Volumina

| in Mio. € | Nominalwerte | | Marktwerte | Marktwerte |
|----------------------------------|--------------|--------------|-------------------------|-------------------------|
| | Vorjahr | Berichtsjahr | positiv Berichtsjahr | negativ Berichtsjahr |
| Zinsrisiken | | | | |
| Zinsswaps | 4.468 | 4.112 | 30 | -307 |
| FRAs | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Zinsoptionen | | | 0 | 0 |
| Käufe (long) | 0 | 0 | | |
| Verkäufe (short) | 0 | 0 | - | - |
| Caps, Floors | 7 | 0 | 0 | 0 |
| Börsenkontrakte | | | - | - |
| Sonstige Termingeschäfte | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Zinsrisiken gesamt | 4.475 | 4.112 | 30 | -307 |
| Währungsrisiken | | | | |
| Devisentermingeschäfte, -swaps | 0 | 43 | 1 | 0 |
| Währungs-, Zinswährungsswaps | 237 | 175 | 0 | -22 |
| Devisenoptionen | | | 0 | 0 |
| Käufe (long) | 0 | 0 | | |
| Verkäufe (short) | 0 | 0 | - | - |
| Börsenkontrakte | 0 | 0 | - | - |
| Sonstige Währungstermingeschäfte | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Währungsrisiken gesamt | 237 | 218 | 1 | -22 |

| in Mio. € | Nominalwerte | | Marktwerte positiv | Marktwerte negativ |
|--|--------------|--------------|-----------------------|-----------------------|
| | Vorjahr | Berichtsjahr | Berichtsjahr | Berichtsjahr |
| Aktien- und sonstige Preisrisiken | | | | |
| Aktientermingeschäfte | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Aktioptionen | | | 0 | 0 |
| Käufe (long) | 0 | 0 | | |
| Verkäufe (short) | 0 | 0 | - | - |
| Börsenkontrakte | 0 | 0 | - | - |
| Sonstige Termingeschäfte | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Aktien und sonstige Preisrisiken gesamt | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Kreditderivate | | | | |
| Käufe (long) | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Verkäufe (short) | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Kreditderivate gesamt | 0 | 0 | 0 | 0 |

Derivative Geschäfte – Kontrahentengliederung

| in Mio. € | Nominalwerte | | Marktwerte | Marktwerte |
|---------------------------------|--------------|--------------|-------------------------|-------------------------|
| | Vorjahr | Berichtsjahr | positiv Berichtsjahr | negativ Berichtsjahr |
| Banken in der OECD | 4.712 | 4.330 | 31 | -329 |
| Banken außerhalb der OECD | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Öffentliche Stellen in der OECD | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Sonstige Kontrahenten *) | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Gesamt | 4.712 | 4.330 | 31 | -329 |

*) inkl. Börsenkontrakte

Derivative Geschäfte – Handelsgeschäfte

| in Mio. € | Nominalwerte | | Marktwerte | Marktwerte |
|--------------------------------|--------------|--------------|-------------------------|-------------------------|
| | Vorjahr | Berichtsjahr | positiv Berichtsjahr | negativ Berichtsjahr |
| Zinskontrakte | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Währungskontrakte | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Aktienkontrakte | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Kreditderivatekontrakte | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Handelsgeschäfte gesamt | 0 | 0 | 0 | 0 |

Derivative Geschäfte – Fristengliederung

| Nominalwerte in Mio. € | Zinsrisiken | | Währungsrisiken | | Aktien- und sonstige Preisrisiken | | Kreditderivate | |
|---------------------------|--------------|-------------------|-----------------|-------------------|--------------------------------------|-------------------|----------------|-------------------|
| | Vorjahr | Berichts- jahr | Vorjahr | Berichts- jahr | Vorjahr | Berichts- jahr | Vorjahr | Berichts- jahr |
| Restlaufzeiten: | | | | | | | | |
| bis 3 Monate | 75 | 45 | 0 | 43 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| bis 1 Jahr | 312 | 25 | 107 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| bis 5 Jahre | 846 | 1.834 | 0 | 175 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| über 5 Jahre | 3.242 | 2.208 | 130 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Gesamt | 4.475 | 4.112 | 237 | 218 | 0 | 0 | 0 | 0 |

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank –, Dresden, für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis 31.12.2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss

und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Dresden, den 8. März 2010
PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft

Gero Martens
Wirtschaftsprüfer

Mark Maternus
Wirtschaftsprüfer

Herausgeber

Sächsische Aufbaubank
– Förderbank –
Pirnaische Straße 9
01069 Dresden
Tel. 0351 4910-0
Fax 0351 4910-4000
www.sab.sachsen.de

Redaktion

Sächsische Aufbaubank
– Förderbank –
Wild Kommunikation

Konzept und Gestaltung

Wild Kommunikation

Produktion

Messedruck Leipzig GmbH